

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingeklagen in der Post-Verwaltungs-Bezirksstelle für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 29. Oktober 1902.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Eine Infamie.

—st.— Wien, 26. Oktober. Eine christlich sociale Infamie ist aufgedeckt worden, wie man sie selbst von dieser verlottertesten aller Parteien nicht erwartet, nicht für möglich gehalten hätte. Eine der gemeinsten Verleumdungen, die jemals unternommen worden sind, ist, wie nun allmählich feststeht, das Werk der Wiener Kommunalgewaltigen, ist bewußt und planmäßig von dem Bürgermeister der österreichischen Hauptstadt verübt worden. Es ist nötig, die Sache ausführlich zu erzählen: man soll genau erkennen, wie weit die Verworfenheit der Wiener Antisemiten reicht.

Am 2. Juli 1901 wurde in Favoriten Dr. Adler zum Landtags-Abgeordneten gewählt. Trotz allem Wahlschwund und Terrorismus hatten die Christlichsocialen den Sieg des Socialdemokraten nicht verhindern können, und so tobte sich ihre Rache über die Niederlage in wahnsinnigen Lügen und Verleumdungen aus. Die Socialdemokraten wurden als Diebe und Straßenräuber hingestellt, die den Christlichsocialen außer den Wahllegitimationen auch gleich die Brieftaschen gestohlen hätten, und die Genossen und Genossinnen, die sich in den Dienst der Agitation gestellt hatten, wurden in der unsäglichsten Weise beschimpft. Die auf Kommando meldeten die christlichsocialen Blätter, daß Prostituierte aus der Koboragasse, einer verächtlichen Gasse in Wien, für die Socialdemokratie agitieren hätten. Die „Deutsche Zeitung“, das offizielle Organ der christlichsocialen Partei, schrieb in einem Leitartikel unter anderem folgendes:

„Dugende von „Priesterinnen“ der freien Liebe, von denen ein Teil als Infaminnen eines in der Koboragasse unehrer aufzufindenden Hauses festgesetzt wurde, wurden mit der bekannnten Zalmi-Eleganz aufgeführt und in Piazet geführt, um säumige Wähler für Dr. Adlers Wahl zu — interessieren. Mit was für Mitteln diese Dirnen es dahin gebracht haben, die Wahlberechtigten zu überzeugen, daß der Jude Adler der richtige Vertreter für den Bezirk Favoriten sei, das weiß außer den „Beteiligten“ nur noch die Polizei, welche mehrere dieser Hetären abfang und ihnen ihr sauberes Handwerk zumindest für die Dauer des heutigen Tages legt. Die Arbeiter aber, welche von ihrem sauer erworbenen Verdienst zu den verschiedenen socialdemokratischen Fonds beizusteuern gezwungen sind, mögen es wissen, wohin ihre Arbeiterkreuze gewandert sind. Willig sollen die „Pensionsvorsteherinnen“ aus der Koboragasse ihre lebende Ware nicht auferdienstlich weitergeben. Einem künftigen Enkel möge es vorbehalten sein, dieses Schandkapitel aus der Geschichte socialdemokratischer Korruption festzuhalten! Für die Bundesgenossen der Socialdemokraten muß es aber ein erhebendes Gefühl sein, Schulter an Schulter mit diesem weiblichen Abscham der Menschheit gekämpft zu haben für den Juden Adler, in einer Reihe gestanden zu sein mit öffentlichen Schandbirnen, als es galt, den Antisemiten ein Mandat zu entreißen.“

Kun hatte bei dieser Wahl tatsächlich eine Reihe von Frauen mitgewirkt. Auf Anregung der seitler verstorbenen Baronin Langenau, einer Witwe des ehemaligen österreichischen Botschafters in Petersburg, einer ungewöhnlichen Frau, die aus dem Hochadel hervorgegangen, sich aber immer mehr dem leidenden Volke genähert hatte, hatte sich ein Kreis von Frauen zusammengesunden, die sich am Wahltage an der Wahlagitation beteiligten. Es waren darunter Genossinnen wie Theresie Schlegelinger und Anna Wernertorfer, dann eine Reihe von Arbeiterinnen, aber auch einige Frauen aus der bürgerlichen Gesellschaft, die sich für sociale Fragen warm interessierten. Es war also klar, daß jene unsäglich gemeine Beschimpfung diese Frauen meinte und treffen sollte. Trotzdem war der Artikel nicht klar, es blieb also nichts übrig, als den Duden, der ihn geschrieben, in so kategorischer Weise zu züchtigen daß er selbst klagen mußte. Das geschah in der „Arb.-Ztg.“ in der denkbar stärksten Weise: Der „Journalist“, der die Schandthat verbrochen hatte, ein gewisser Lotzar Schäffer, wurde als das bezeichnet, was er ist: als ein „Zeitungsprolet“, ein „ehrlöser Schuft“, ein „niederträchtiger Lump“. Der Zweck wurde auch erreicht: Herr Schäffer klagte. Als Verfasser bekamte sich sofort Genosse Fritz Austerlitz: es war also die Hoffnung vorhanden, die Erbärmlichkeit der christlichsocialen Kampfesweise im Lichte vollster Deffentlichkeit darzutun.

Aber vorher kamen die schamlosen Verleumdungen noch im Landtage zur Sprache. Am 11. Juli 1901 hielt Dr. Adler im Landtage eine große Budgetrede, in der er den Christlichsocialen den Vorwurf in das Gesicht schleuderte, daß sie die politische, sittliche und intellektuelle Verlotterung Wiens auf dem Gewissen haben. Die Berechtigt dieser Vorwurf war, zeigte das Gutgeheul, in das die Christlichsocialen ausbrachen. Dr. Zueger rief nun seinen Parteigenossen zu: „Lassen Sie doch den Vertreter der Koboragasse von Sittlichkeit sprechen!“ Dr. Adler wies diesen infamen Zwischenruf mit gediehrer Energie zurück, so daß sich Dr. Zueger später in jesuitischer Weise damit herauszuwinden suchte, an der Koboragasse sei ja nichts Böses. Gehmann und Schneider wiederholten dabei die Beschuldigung, daß „notorische Prostituierte aus der Koboragasse“ für die Socialdemokraten agitieren hätten. Der verächtliche Schneider behauptete gar, er habe es selbst gesehen.

Der Prozeß selbst zog sich infolge der Winkelzüge der kaiserlichen Seite ungebührlich in die Länge. Endlich wurde, nachdem die verklagten Genossen jeden Ausweg energisch zurückgewiesen und etwa vierzig Zeugen namhaft gemacht hatten, die die Schuldigkeit jener Verleumdung erweisen sollten, für den 24. Oktober die Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht anberaumt. Am 18. d. Mts.

ließ nun beim Gericht eine Eingabe ein, in der Herr Schäffer um Vorladung von Zeugen ersucht, die beweisen sollen, daß er in gutem Glauben gehandelt habe. Es heißt darin, daß die „Arbeiter-Zeitung“ in keinem Falle berechtigt gewesen sei, ihn in der Weise zu beleidigen, wie sie das gethan habe, daß sie aber einen Schein von Berechtigung nur dann gehabt hätte, wenn sie die Ueberzeugung gehabt hätte, daß der Artikel der „Deutschen Zeitung“ ohne genaue Information geschrieben habe. Er will nun beweisen, daß er sich aber vorher genau informiert habe. Es heißt nun in der Eingabe des Schäffer wörtlich:

Am Tage der Wahl wurde unsere Redaktion etwa um 5 Uhr nachmittags telephonisch angerufen und einer der politischen Redakteure zum Bürgermeister Herrn Dr. Karl Zueger entboten. Ich wurde mit dieser Mission betraut, und als ich zu Herrn Dr. Zueger kam, fand ich dort den Vicebürgermeister Herrn Josef Strobach, den Abgeordneten Herrn Julius Zyman, den Landesauschuh Herrn Leopold Steiner und den Redakteur der „Reichspost“, wenn ich nicht irre, einen Herrn Fröhlich. Bald darauf erschien dann weiter auch der Redakteur Hermann Faschingbauer vom „Deutschen Volksblatt“ und der damalige Herausgeber der „Oesterreichischen Volkspost“, gegenwärtig Herausgeber der „Wiener Neuesten Nachrichten“, Herr Paul Wastizel.

Herr Dr. Zueger informierte uns über den Ausgang der Wahlen, gab uns das statistische Ziffermaterial, wie es sich in meinem und in den Artikeln der noch weiter unten angeführten christlichsocialen Zeitungen vorfindet. Er erzählte auch, daß von den Socialdemokraten ein unerhörter Wahl-Terrorismus geübt worden sei, und erzählte insbesondere die Geschichte von der überfallenen Agitatoren und von der Teilnahme von zwölf Prostituierten aus der Koboragasse. Der Leiter der christlichsocialen Agitation, Herr Julius Zyman, erzählte die Daten nochmals und verbürgte sich für deren Richtigkeit. Worauf ich mich in meine Redaktion begab und dort meinem Chef, Herrn Dr. Wähler, berichtete. Ich bemerkte noch ausdrücklich, daß ich mich damals noch weigerte, den Artikel zu schreiben, weil ich bis dahin nie parteipolitische Leitartikel geschrieben, sondern mich lediglich mit wirtschaftlichen und außerpolitischen Artikeln beschäftigt hatte. Da jedoch der betreffende Hauptredakteur erkrankt war, bestand Herr Dr. Wähler darauf, ich möge den Artikel trotzdem schreiben. Als ich mich dazu anschickte, kam auch Herr Kollege Dr. Konrad Rumpf, dem die Berichterstattung oblag, bestätigte das, was ich von den oben genannten Herren erfahren hatte, als wahr und teilte als weiteres Detail mit, daß er eine von diesen Frauenzimmern, die sich an der Wahlagitation beteiligten, selbst einmal geschlechtlich gebraucht habe. Daraushin blieb mir nicht der geringste Zweifel an der Wahrheit des mir offiziös von dem Bürgermeister und von dem Vice-Bürgermeister der Stadt Wien Mitgeteilten, und ich schrieb den betreffenden Artikel.

Diese Eingabe verweist dann weiter auf die Verurteilungen, die Zueger, Gehmann, Strobach und Schneider im Landtage gemacht haben, fügt hinzu: „Es ist gewiß nicht anzunehmen, daß diese Notabilitäten der christlichsocialen Partei dieser Behauptungen leichtsinnig aufgestellt hätten, ohne für die Wahrheit ihrer Mitteilungen sichere Gewährsmänner zu besitzen, beziehungsweise soweit sie behaupten, selbst alles gesehen zu haben, ohne sich wirklich mit eigenen Augen von der Wahrheit überzeugt zu haben.“ — und beantragt darum die Vorladung dieser „Notabilitäten“ als Zeugen. Das Landgericht übermittelte die Eingabe den Angeklagten und lud die Herren Zueger und Konrad alle als Zeugen vor.

Und der Ausgang? Herr Zueger hätte nun im Gerichtssaale für seine schamlosen Lügen Rede stehen sollen und mit ihm wäre die ganze christlichsocialen Schrahneider-Gesellschaft auf die Anklagebank gekommen. Das war nun gerade vor den Wahlen eine bittere Verlegenheit. Eine Vertagung der Verhandlung war nicht möglich, man machte also durch verschiedene Mittelsmänner den Versuch, die Angeklagten zu einem Ausgleich zu bewegen. Als das Negatives, wie selbstverständlich, rindweg abgefallen wurde, wandte man sich an die andre Seite. Der „Zeitungsstrolch“ wurde einfach gekauft, er ließ sich, natürlich nicht umsonst, bewegen, die Klage zurückzuziehen. Am 22. Oktober, vier Tage nach seiner Eingabe, zog Herr Schäffer seine Klage gegen die Genossen Kraut und Austerlitz bedingungslos zurück, so daß die anberaumte Verhandlung, als gegenstandslos, natürlich abgefallen werden mußte! Herr Zueger hatte den Abenteuerer besprochen — um seinen Entschlüssen zu entriemen.

Die christlichsocialen Schurken sind also dem Gerichtssaale entwichen, aber dem Urteile der Deffentlichkeit müssen sie stillschalten. Die wech es nun, daß eine der schamlosesten Verleumdungen, die Menschen überhaupt begehen können, im Wiener Rathaus kalten Blutes erfunden und beschloffen worden ist, daß der Bürgermeister von Wien, die Spitzen der Partei, über die „Frage“, auf welche Art ehrbare, anständige Frauen am schimpflichsten beleidigt werden könnten, eine offizielle Partekonferenz abgehalten haben, daß eine Schandthat, für die man Männer strafen mußte, nach christlichsocialer Moral ein Parteibeschluß sein kann! Ueberall, wo gestittete Menschen wohnen, wo die Achtung vor dem Weibe als unverwundbare Gewissenspflicht erkannt wird, wird man die Wiener Christlichsocialen künftig als eine Partei von Schandbuben betrachten und hassen lernen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Oktober.

Der Reichstag

sah am Dienstag endlich den Vater des Zolltarifs, den Grafen Posadowsky, in eigener Person in das Kampffeld herabsteigen, um einen erneuten Mahnruf zur Rettung seines Zollwunderwerks zu unternehmen. Er hat lange auf sich warten lassen. Viele Tage hat er schweigend auf seinem Stuhl gesessen, die Neben mit angehört und dicke Aktenbündel aus seiner schwarzen Riesenmappe aus- und eingepackt. Die Offiziösen verbreiteten, daß er sich unwohl fühle, und er sieht in der That sehr grau und gealtert aus. Er leidet an der fürstlichen Frage, ob es möglich sein werde, das größte Werk seiner Regierungsthätigkeit in den rettenden Hafen zu bringen. Eine Niederlage müßte für ihn das Ende seiner Ministerlaufbahn bedeuten: scheitert das Zolltariffschiff an den Klippen, dann ertrinkt auch der Steuermann. Und es scheint ihm fast unmöglich zu sein, es noch zwischen der Scylla der Rechten und der Charibdis der Linken hindurchzubringen. Ein sehr elegischer, ein sehr pessimistischer Zug ging durch die Rede des Herrn Staatssekretärs. Was sollte er sagen, das nicht schon gesagt worden wäre, das nicht er schon gesagt hätte? Auch die Taktik, die er einschlagen muß, ist die alte, die er so oft schon angewendet hat. Er muß die Rechte auf das Inständigste um gutes Wetter bitten, er muß den Nachweis führen, daß er sehr agrarisch ist, er muß die Argumente der Linken bekämpfen, um seine Unentbehrlichkeit zu beweisen. Das that er denn auch reichlich. Mit wahrer Sentimentalität sprach er von der Leutenot auf dem Lande, die in manchen Gegenden zu Zuständen geführt habe, daß einem das Herz brechen könne. Das wirkte — für einen Augenblick. Und ebenso wirkte seine Verteidigung des Fleischbeschau-Gesetzes und Vorsäureverbotes, seine Verteidigung der Kornzölle und so weiter. Aber er kann den Agrariern keine weiteren Konzessionen machen, und das Vertrauen, der Glaube, den er so dringend heischt, scheint sich nicht einstellen zu wollen. Das erfüllt ihn mit höchster Besorgnis, und diese Besorgnis war der Grundton der Rede, der am deutlichsten in ihrem Schlußteile hervortrat, in den Auspielungen auf die Möglichkeit eines Wirtschaftskonfliktes, wie es bis 1866 einen Willkürkonflikt mit der Fortschrittspartei gegeben hat, in der Eiternng des Propheten Daniel und seines Menetekel.

Eine stattliche Corona hatte sich im Hause während der Rede des Grafen Posadowsky versammelt: der Reichstag sah eine Stunde lang wieder beschlußfähig aus. Vorher und nachher aber sah es wieder sehr leer aus den Bänken aus. Von der Rechten sprach Graf Kanitz, vom Centrum Herr Trimbom. Graf Kanitz versicherte wieder einmal, daß die hohen Fleischpreise vom Zwischenhandel herrührten, Herr Trimbom suchte die doppelte Buchführung zu rechtfertigen, die er in der Fleischnotfrage als Stadtverordneter von Köln und als ultramontaner Reichstagsabgeordneter führt. Babels Ausführungen vom Sonnabend haben ihn sehr nervös gemacht: aus all seiner Grobheftigkeit leuchtet die Angst hervor, daß Köln dem Centrum bei den nächsten Wahlen von uns entrisen werden könnte.

Von unserer Seite sprachen Segitz und Haase. Segitz rechnete gründlich mit dem Centrum ab und nahm Herrn v. Roddebeck vor die Klinge. Haase schlug dem Grafen Posadowsky das Buch Schippels aus der Hand, mit dem er operiert hatte und stellte dann eingehend und sachkundig die agrarischen Ursachen der Fleischsteuerung fest.

Am Mittwoch geht zunächst die Debatte weiter; jedenfalls wird es zu den Abstimmungen über die Viehzölle kommen.

Das verjüngte Centrum.

Der Abgeordnete Trimbom behauptete am Dienstag im Reichstags unter vielen anderen widerspruchsvollen Unrichtigkeiten: der Centrumsturm sei unerhört, auch bei den letzten Wahlen habe sich die verjüngende Kraft des Centrums bewährt und sie werde sich weiterhin bewähren.

Diese Behauptungen stehen mit der Wirklichkeit in schroffem Widerspruch. Die Reichstagswahl-Statistik zeigt, daß die Zahl der Centrumswähler von Wahl zu Wahl absolut und relativ, trotz der großen Steigerung der Zahl der katholischen Einwohner, gesunken ist. Als Centrumswähler stimmten:

bei den Reichstags-Hauptwahlen vom Jahre	Zahl der Centrumswähler	Prozent der Centrumswähler zu allen abgegebenen gültigen Stimmen
1874	1 445 948	27,86
1877	1 341 295	24,83
1878	1 328 073	23,05
1881	1 182 873	23,20
1884	1 283 008	22,64
1887	1 516 222	20,11
1890	1 342 113	18,57
1893	1 468 501	19,14
1898	1 445 189	18,77

Die Zahl der Centrumswähler hat also von Wahl zu Wahl abgenommen. Sie ist von 27,86 Proz. bis auf 18,77 Proz. der ab-

Gegebenen Stimmen vom Jahre 1874 bis 1898 gesunken. Das nennt der Abg. Trimbom eine „Verjüngung“! Der Rückgang ist ein ständiger, die Unaufrichtigkeit und Volkseindlichkeit der Ultramontanen ist von Jahr zu Jahr breiteren Massen klar geworden und hat zum Abfall von der ultramontanen Partei geführt. Nur in den Jahren 1881 und 1893 war ein kleiner Aufschwung zu verzeichnen. Freilich ist die Zahl der Centrums-Abgeordneten infolge der ungerechten Wahlkreis-Einteilung trotz Abnahme der Stimmenzahl der Wähler gestiegen. Sie betrug 1874 91, 1877 93, 1878 94, 1881 100, 1884 98, 1887 98, 1890 100, 1893 96, 1898 102.

Wie eine „Verjüngung“ in Wahrheit aussieht, mag Herr Trimbom aus den entsprechenden, die Socialdemokratie betreffenden Zahlen ersehen. Es stimmten

bei den Reichstagswahlen	Zahl der socialdemokratischen Wähler	Prozentzahl der soc.-dem. Wähler zu allen abgegebenen gültigen Stimmen
1874	851 052	6,78
1877	493 288	9,13
1878	437 138	7,59
1881	311 061	6,12
1884	549 010	9,71
1887	763 128	10,12
1890	1 427 208	19,75
1893	1 786 138	23,28
1898	2 107 076	27,18

Die Zahl der Abgeordneten betrug trotz der viel größeren Wählerzahl in den entsprechenden Wahljahren: 9, 12, 9, 12, 24, 11, 35, 44, 56.

Die Centrumsherren haben also gar geringen Grund, die „Verjüngung“ ihrer Partei prahlend zu rühmen. Sicherlich wird das Eintreten des Centrums für den schamlosen Jollwucher diese Art der „Verjüngung“ erheblich beschleunigen! —

Die Landtagswahl in Hessen.

Aus Hessen schreibt man uns: Im allgemeinen haben die Landtagswahlen, die am Mittwoch stattfanden, nicht allzu hohe Wellen geschlagen. Die socialdemokratische Partei beteiligte sich nur in wenigen Kreisen selbständig, in einigen anderen Kreisen unterstützten unsere Genossen die Freisinnigen, so in Darmstadt, wo es nicht möglich war, die genügende Anzahl socialdemokratischer Wahlmänner zusammenzubringen. Auch eine der Schönheiten des indirekten Wahlrechts. Der Hauptkampf war in den Kreisen Offenbach-Stadt und Land zu führen, wo die Rationalliberalen im traulichen Bunde mit dem Centrum die socialdemokratischen Kreise in Besitz zu nehmen gedenken, wenn die Wähler am Mittwoch diesem Studdelmiddel nicht das Spiel gehörig verderben. Einen besonders heißen Kampf wird es in der Stadt Offenbach geben, wo der vereinigte Ordnungsmisshandlung mit allen Mitteln bemüht ist, dem Genossen Ulrich das Mandat zu entreißen. Wie arm aber die beiden gegnerischen Parteien an Intelligenzen sind, um Ulrich nur einen einigermaßen gewachsenen Gegenkandidaten gegenüberzustellen, beweist der Umstand, daß die feindlichen Wähler eine Anleihe bei einer dritten Partei machen mußten und einen Mann mit ihrem Vertrauen beehrten, der nach eigenem Eingeständnis ein freisinniger Wabelförmiger ist, der in Offenbach so gut wie keine Anhänger besitzt, dafür aber den Vorzug genießt, Großindustrieller und Millionär zu sein. Das ist einmal ein drapierisches Beispiel für die Einheit der reaktionären Masse gegenüber der Socialdemokratie, Rationalliberalen, Merkantilisten, Antisemiten vereinigen sich auf einen Juden, der freisinnig ist! Herr Feistmann, dieser Auserwählte, mußte allerdings einen prächtigen Vertreter der Industriestadt Offenbach abgeben, da er den neuen Posttarif der Regierung als durchaus nicht zu weitgehend betrachtet.

Während vor 6 Jahren die Zahl der Wahlberechtigten in der Stadt Offenbach 4000 betrug, ist sie jetzt auf 6500 gestiegen; 1896 beteiligten sich nur etwa 45 Proz. der Wahlberechtigten an der Wahl. Diesmal wird natürlich eine ganz erheblich stärkere Wahlbeteiligung zu verzeichnen sein. Im Kreise Offenbach-Land bewirbt sich ein „strebsamer“ Landbürgermeister um den Landtagsitz und seine Wahlmacher bemühen sich in der strupellosesten Weise, die socialdemokratischen Kandidaten Ulrich und Deb (letzterer Eventualkandidat bei einem Siege Ulrichs in der Stadt Offenbach) persönlich herunterzureißen. Man entblödet sich nicht, unseren Genossen Diätenerschönderei vorzuwerfen, ohne auch nur den geringsten Grund dafür angeben zu können, während gerade bürgerliche Parlamentarier Dessen diesen Vorwurf mit Recht verdienen würden, wie in socialdemokratischen Wählerversammlungen, unter Anführung bestimmter Thatfachen, konstatiert wurde. Im weiteren wurden gegen den Genossen Deb, der seit 30 Jahren an leitender Stelle des Kreises Offenbach gestanden, die schäblichsten Angriffe gerichtet, auf welche dieser die Antwort nicht schuldig blieb, die freilich den Centrumskandidaten nicht sehr erbaud haben dürfte.

Wie bekannt, kandidieren in Mainz die Genossen Dr. David und Haas wieder, für welche in öffentlichen Erklärungen die demokratische und freisinnige Partei ebenfalls eintreten. Deshalb verläuft auch dort der Wahlkampf in verhältnismäßig ruhigen Bahnen. In Wiesbaden, das bisher durch den freisinnigen Rechtsanwalt Guttschick vertreten war, sind unsere Genossen selbständig in die Wahlbewegung eingetreten. Ihr Kandidat ist Genosse Stadtverordneter Krumm.

Deutsches Reich.

Der Zollunsfall der Konservativen.

Die Annäherung der Konservativen an die Regierungsvorlage vollzieht sich mit großer Schnelligkeit. Während auf der Schaubühne des Reichstages noch die agrarische Unentwegtheit austrumpft, ist man hinter den Coulissen nicht nur im eifrigsten Schacher, sondern schon bereit zu völligen Umsall. Davon legt folgende Aeußerung der „Kreuz-Zeitung“ heute deutliches Zeugnis ab:

„Auf welcher Grundlage eine Einigung würde erfolgen können, wird sich erst nach Erledigung der zweiten Lesung übersehen lassen. Ist bis dahin eine feste Mehrheit für eine bestimmte Fassung des Gesetzes gewonnen, so wird, falls bei dieser Einigung die bisherigen Erklärungen der Regierung die gebührende Berücksichtigung gefunden haben, auch die Regierung nicht ansetzen, einige der Reichstags-Mehrheit unentbehrlich erscheinende Abänderungen des Gesetzes zuzulassen. Man muß sich vor Augen halten, daß bis jetzt nur einige wenige, die vitalsten Interessen der Landwirtschaft allerdings auf das allergeringste berücksichtigende Positionen des nahezu tausend Zollsätze enthaltenden Tarifs durchberaten sind, und daß unter der ungeheuren Menge der in zweiter Lesung noch nicht erledigten Positionen sich immerhin eine Anzahl solcher befindet, die einer der Landwirtschaft erwünschten Umgestaltung fähig sind. Daß in diesem Falle aus der Verabschiedung des Entwurfs der Landwirtschaft Vorteile erwachsen könnten und daß die letztere damit vielleicht besser fahren würde, als wenn bei dem Scheitern des Entwurfs die alten Handelsverträge weiter laufen oder neue Verträge auf Grund des bestehenden autonomen Tarifs abgeschlossen

werden würden, kann auch von unserem Standpunkte aus bis zu einem gewissen Grade anerkannt werden. Ferner ist es, wie ebenfalls zugegeben werden kann, schwer anzunehmen, daß unter den obwaltenden Verhältnissen im Falle eines Wechsels in der Person des Reichskanzlers eine der Landwirtschaft freundlichere oder auch nur gleich freundliche Regierung zu erwarten ist, als diejenige, an deren Spitze Graf Bismarck steht. Daraus würde aber folgen, daß, wenn der Tarif jetzt fällt, er in einer der Landwirtschaft günstigeren Gestaltung zur Zeit schwerlich wieder kommen würde.“

Vor wenigen Wochen noch hieß die Lösung der „Kreuz-Ztg.“: Lieber gänzlichen Freihandel als diese Regierungsvorlage! Jetzt klingt es ganz anders.

Die „Reichs-Ztg.“ in einer Veranlassung des Kanalvereins in Hannover hat der Kommerzientarixtrung im Auftrag des Landwirtschaftsministers erklärt, wie Vordbelski dazu gekommen sei, daß er sich mit dem Kanalbau nicht vor den Vauz habe stoßen wollen.

Den Mittelkanal habe er überhaupt nicht gemeint, sondern den Naturkanal. Eines Morgens sehr früh sei der Minister nach längerer Fahrt in einem kleinen Ort hungrig eingetroffen. Statt eines Frühstückes habe er die Ansprache einer Deputation gemieden müssen, die ihm die Vorzüge des naturlichen Kanals auseinandersetzte. Er habe die Herren kurz abgefertigt, ihnen den Mittelkanal empfohlen und beim Hinzutreten aus dem Bahnhof ärgerlich zu einem Herrn jene Aeußerung gethan.

Danach hätte das kräftige Wort nur eine hygienische Bedeutung gehabt: der leere Ministerbauch vertrete nicht den Stoß einer Kanalanfrage. Die Deutung wäre verständlich, wenn Vordbelski überhaupt eine Antwort mit Rücksicht auf seinen Hunger abgelehnt hätte. Da er aber doch einmal geredet hatte und sogar — wie es heißt — zu Gunsten des Mittelkanals, so bleibt der nachträgliche Fluch rätselhaft. Und schließlich: warum dementiert Vordbelski nicht selber? Er hatte doch im Reichstag bereits mehrfach Gelegenheit dazu, wenn auf den Kanalbau angepielt wurde! —

Die elende Flottenpolitik. Die „Deutsche Tagesztg.“ schwingt sich heute zu einem Dementi in der Flottenfrage auf, die einem Offiziers Ehre machen könnte. Sie erklärt, niemand vom engeren Vorstand des Bundes der Landwirte habe an Heim einen Brief gegen die elende Flottenpolitik geschrieben. Es ist nicht behauptet worden, daß gerade Herr Hahn es war, der schriftlich gegen die elende Flottenpolitik gewirkt hat. Will er es leugnen, daß er mündlich den Dr. Heim bearbeitet hat? —

Die Kommission für Kinderarbeit.

beriet am Dienstagvormittag den § 4 des Gesetzentwurfs, der die für fremde Kinder verbotenen Beschäftigungsarten aufzählt. Dazu gehören: Bauen aller Art, Hiegeleien und über Tage betriebene Brüche und Gruben, die nicht bereits unter §§ 139 bis 139b der Gewerbe-Ordnung fallen, sowie beim Steinklopfen und in einer Anzahl in einem Verzeichnis aufgeführten Werkstätten“. Unsere Genossen beantragten den § 4 dadurch zu ergänzen, daß noch verboten wird: die Beschäftigung von Kindern an Maschinen; ferner im Schornsteinfeger-Gewerbe, Fuhrwerksbetrieb, in der Expedition, im Kellereibetrieb, beim Regelauffeigen und in Schießhütten, ferner beim Rüben- und Pflanzenziehen sowie Kartoffelgraben gegen Entgelt und bei Treibjagden.

Das Werkstättenverzeichnis beantragen unsere Genossen durch die Verbote für folgende Betriebe zu ergänzen:

Tabakindustrie, Gips- und Cementbrennereien; bei Glasbläsereien die vom Bundesrat vorgeschlagene Ausnahme: „Werkstätten, in denen ausschließlich vor der Lampe gearbeitet wird“, zu streichen, ebenso die Einschränkung, daß nur „Werkstätten, in denen Quecksilber zur Herstellung der Thermometer oder Barometer verwendet wird, zu bestreiten und auf alle Werkstätten, in denen Quecksilber verwendet wird, auszuweihen; ferner bei Haar- und Wollenzurichtereien, Wärsen- und Wärsenmachereien die Einschränkung zu streichen, daß das Verbot nur in Kraft tritt, sofern mit ausländischem, tierischem Material gearbeitet wird. Dem Verzeichnis soll ferner hinzugefügt werden: Beschäftigung beim Salzen und Enthaaren von Fellen und Häuten, beim Mahlen und Mischen von Farben und in der Tabakindustrie.

Von freisinniger Seite war durch Dr. Zwid beantragt, bei den zu verbietenden Beschäftigungen hinzuzufügen: „in der Tabakindustrie, bei Rostschmelze, im Schlächtergewerbe“.

In der Debatte hob Sturm hervor, bei den Verböten sei zu beachten, daß voraussichtlich ein Teil der Kinder, denen gewisse Beschäftigungen jetzt verboten würden, dann nach solchen abirren würden, die jetzt nicht von einem Verbote betroffen werden, weil in diesen Betrieben bis jetzt Kinderarbeit nicht vorkommt. Man müsse daher alle Betriebe ins Auge fassen, in denen die Kinderarbeit gesundheitschädlich oder unzumutbar sei, auch wenn dort bis jetzt die Kinderarbeit nicht vorkomme. Sonst treten ähnliche Folgen ein wie bei Schaffung der Gewerbe-Ordnung, wo die Kinder aus der Fabrik in die Hausindustrie getrieben wurden. Bezüglich der einzelnen Anträge sei zu bemerken, daß sie lassende Lücken des Gesetzentwurfs zu ergänzen bestimmt seien. Die Beschäftigung von Kindern an Maschinen, die mit der Hand oder den Füßen betrieben werden, sei unbedingt unzulässig, zumal gerade die hausindustriell angewandten Maschinen nicht einmal unter der Kontrolle der Unfallversicherung bezüglich Schutzvorrichtungen stehen, die Kinder also auch nicht einmal eine Unfallrente erhalten. Das Regelauffeigen komme nicht nur als ein Teil des Geschäftsbetriebes in Betracht, sondern bei Klubs und dergl., bei denen von einem Geschäftsbetrieb nicht die Rede ist, so daß dort die Kinder schutzlos wären, auch eine Umgehung des Gesetzes durch Schankwirte leicht ermöglicht werde. Da die Ausdehnung des Verbotes auf Landwirtschaft und Gelandedienst von der Mehrheit der Kommission bereits bei § 1 principiell abgelehnt sei, werden auch die hier vorliegenden entsprechenden Anträge nicht Aussicht auf Annahme haben; sie seien aber wiederholt, um das Verhalten der einzelnen Fraktionen klarzustellen! Daß Kinder bei Treibjagden nicht beschäftigt werden dürften, sei doch eigentlich selbstverständlich; die Regierung gebe ja schon zu, daß die Beschäftigung, ja die Anwesenheit der Kinder beim Schießen von Tieren einer vernünftigen Erziehung widerspreche; noch mehr würde doch aber die Jagd vorübergehend auf ein jugendliches Gemüt. Vaudert weist dann noch nach, weshalb die Ausdehnung des Verzeichnisses der verbotenen Werkstätten beantragt werde, wobei er zahlreiche Beispiele aus seinen praktischen Erfahrungen anführt. Nachdem noch unsere Genossen den Antrag begründet hatten, daß der Bundesrat nicht das Recht haben solle, das Verzeichnis der verbotenen Werkstätten „abzuändern“, sondern nur zu „ergänzen“, d. h. nicht zu vermindern, sondern nur zu vergrößern, werden durch die Vertreter der Regierungen einzelne dieser Ausführungen zu widerlegen versucht, während seitens der Kommissionsmitglieder sich die Abg. Koefide und Trimbom für die Annahme der meisten dieser Anträge aussprechen. Abg. Gasse nimmt den von einem Regierungsbereiter vorgeschlagenen Antrag auf, daß der Bundesrat „weitere gesundheitschädliche Betriebe zu unterlagen und das Verzeichnis zu ergänzen“ berechtigt ist. Der konservativ-Abgeordnete Förster-Löban warnte davor, die Verbote zu weit auszudehnen, namentlich auf Betriebe auszudehnen, in denen der Verdienst der Kinder wesentlich zur Erhaltung der Familie notwendig ist. Die Industrie-Arbeit sei gar nicht so gesundheitschädlich, denn in seinem Bezirk sei die Militärauglichkeit der Industrie-Recruten größer als die der aus der Landwirtschaft stammenden, das wisse er als Mitglied der Enquete-Kommission ganz genau. Vaudert und Sturm wiesen dem entgegen darauf hin, daß die Kinderarbeit die Erhaltung der Familie noch mehr erschwere, denn die Lohn-

bedürfnisse, die eine Folge der Kinderarbeit sei, führe schließlich dazu, daß die älteren Arbeiter arbeitslos würden und an ihrer Stelle Kinder mit lächerlich geringen Löhnen beschäftigt werden.

Da die Plenar Sitzung um 12 Uhr begann, mußte die Kommission schon nach zweistündiger Sitzung ihre Beratungen verlagern; Mittwoch beginnt die Sitzung um 9 Uhr. —

Husland.

Vom Generalfreieit der französischen Bergarbeiter.

In dem am Dienstag unter dem Vorsitz des Präsidenten Loubet in dem Palais Elisee stattgehabten Minister-rat teilte der Ministerpräsident Combes die über den Ausstand eingegangenen Depeschen mit, aus denen hervorgeht, daß der Ausstand einen ruhigen Verlauf annimmt. Combes erwartet die Antwort der Grubengesellschaften auf das Anerbieten eines Schiedsgerichts der Regierung; er fügte hinzu, zwei Gesellschaften hätten das Anerbieten bereits angenommen.

Cesireich-Ungarn.

Bei den Landtagswahlen in den Landgemeinden Ober-Oesterreich wurden 19 Konservative gewählt, darunter der Landeshauptmann Genhoff. Der Beschland der einzelnen Parteien ist unverändert.

Der Prager Stadtbrief. Im österreichischen Abgeordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident in Beantwortung der Interpellation des Abg. Schönerer betreffend den im „Prager Volks-Anzeiger“ veröffentlichten Stadtbrief, daß auch die Regierung in dieser gefälschten Kundmachung eine unverantwortliche Verletzung des einem fremden Souverän gebührenden Respekts erlidi, welche im vorliegenden Fall um so schwerer in die Waagschale falle, als es sich um einen treuen Freund und Verbündeten des Monarchen handelte. Der Hauptschuldige habe bisher nicht ermittelt werden können. —

Italien.

Ueber den blutigen Zusammenstoß in Giaratana hatte die Presse zunächst Mitteilungen gebracht, welche den streikenden Bauern, die den Gendarm Giocastro getödet haben, die alleinige Schuld an dem bedauerlichen Ereignis zuschoben. Es stellt sich jetzt heraus, daß der Präsekt Rodica alle Depeschen an Zeitungen einer Censur unterwarf und alles unterdrückte, was ihm daran nicht gefiel. Am meisten verantwortlich scheint der Bürgermeister von Giaratana zu sein, welcher die Gendarmen gegen die Streikenden hegte. Selbst eine Depesche an das Ministerium des Innern wurde von dem Präsekten beschlagnahmt. Als feststehend ist zu erachten, daß der betreffende Gendarm nicht in der Notwehr, sondern aus einer Ruidite heraus auf die Menge geschossen und diese damit in Verzweiflung und Blut verlegt hat. —

England.

O'Brien gegen die irische Zwangsakte. In der Parlaments-Sitzung vom Montagabend beantragte O'Brien Vertagung zu dem Zwecke, daß das Haus die Lage in Irland berate. Er beschuldigt die irische Exekutive, daß sie die Interessen der Grundbesitzer vertrete und die Pächter zu erdrücken versuche. Ferner erklärt O'Brien, die irische Liga habe das Verbrechen aus Irland verbannt und bestreite, daß irgend eine Vertagung für die Zwangsakte vorliege. Chefsekretär für Irland Wyndham führt hierauf verschiedene Fälle von Einschüchterung und Vorklitterung von Seiten der irischen Liga an und erklärt, die Regierung sei entschlossen, Vorklitterung und Einschüchterung zu unterdrücken. Er sei der Meinung, daß die Lösung der Landfrage näher sei als je. Campbell Bamerman fragt, was die Regierung durch die Inkaufnahme der Zwangsakte zu gewinnen hoffe. Der Antrag O'Brien wurde schließlich mit 215 gegen 121 Stimmen abgelehnt. —

Chamwisische Exzesse. Die ehemaligen Voerensführer Krühinger, Joubert und Foucho hielten am Montagabend in Cambridge vor einem kleinen Hörererkreis Ansprachen. Eine zum größten Teile aus jungen Leuten bestehende Menge sammelte sich vor dem Hause und nahm eine drohende Haltung an. Foucho und Joubert entsetzten sich in einem Omnibus, den sie unter dem Schutze der Polizei erreichten, während Krühinger über eine Mauer entkam. —

Afrika.

Kuwachen der Opposition. Die Londoner Blätter aus Johannesburg berichten, wird infolge der Ernennung europäischer Beamter die Opposition eine immer heftigere. Die meisten Beamten verstehen die holländische Sprache nicht, obwohl der größte Teil der Dokumente in dieser Sprache abgefaßt ist. Auch die Polizei-Agenten sind weder der holländischen noch der Kaffersprache mächtig. —

Amerika.

Zusammentritt des Schiedsgerichts.

Die zur Entscheidung des Bergarbeiter-Anstandes eingesezte Kommission ist heute unter dem Vorsitz des Richters Gray zusammengetreten. Gray erklärte, die Bergleute sollten als die Kläger angesehen werden und ihre Forderungen vorbringen. Die Gegenpartei solle innerhalb drei Tagen ihre Antwort einreichen. Beide Parteien begeben sich in die Kohlenbezirke, um dort ein Bild von der Sachlage zu gewinnen. Die nächste Sitzung der Kommission findet am Donnerstag in Scranton statt.

15 000 anständige Vergente in den pennsylvanischen Kohlen-Gruben weigern sich noch, wie dem „Daily Express“ aus New York gefaßt wird, die Arbeit wieder aufzunehmen. Ungefähr 150 000 Vergente stehen jetzt wieder in Arbeit, und vor Ende dieser Woche dürfte die tägliche Kohlenproduktion bereits 60—75 000 Tonnen betragen. —

Parteinachrichten.

Bei der Landtags-Wahl in Schwarzburg-Rudolstadt haben unsere Genossen den Sieg von der Hauptwahl vervollständigt. Wie uns ein Privattelegramm meldet, wurde am Dienstag im Wahlkreis Rudolstadt II der Genosse Bloch mit 471 Stimmen gegen 426 freisinnige Stimmen zum Abgeordneten gewählt. Damit hat unsere Partei 8 von den 16 Abgeordneten, aus denen der Landtag besteht. Ohne ihre Zustimmung kann kein Gesetz mehr gemacht werden. Sie werden aber hoffentlich auch im Stande sein, einige gesetzgeberische Reformen durchzuführen, denn eine geschlossene und entschlossene Mehrheit, die die Hälfte des Parlaments darstellt, kann keine Regierung auf die Dauer ignorieren.

Die erste socialdemokratische Volkversammlung fand am Sonntag in einem der dunkelsten Bezirke Oberschlesiens statt, in Paruschowitz bei Rybnik. Diese Versammlung war gut besucht, in ihr sprach Genosse Winter über die Fleischnot und das Centrum. Die Versammlung verlief sehr gut, auch Frauen waren erschienen. Die Ortspolizeibehörde verlangte in unberechtigter Weise die Entfernung der Frauen aus dem Versammlungsraum; um nicht die Abhaltung der Versammlung unmöglich zu machen, kam man der unberechtigten Polizeiforderung nach. Die Gegner haben sich bisher nicht gemeldet, sie besorgen ihr Geschäft wahrcheinlich in der Kirche.

Im Wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Sagan, wo an Stelle des Stadtrats Kaufmann ein neuer Abgeordneter zum Reichstag gewählt werden muß, fand am Sonntag die Verbreitung des ersten Flugblattes, für die ländliche Bevölkerung bestimmt, statt. Dasselbe wurde von den vier Städten des Kreises aus in 15 000 Exemplaren verteilt, gemeinsam mit dem „Schlesischen Volkskalender für 1903“.

Reichstag.

(Schluß aus der ersten Beilage.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Es ist wiederholt behauptet worden, daß der Zolltarif der Regierung die ärmeren Klassen belaste und den Reichen ungeheure Einnahmen zuführe. Ich habe bereits in der Kommission ausgesprochen, daß diese Behauptungen in der Luft schweben. Niemand kann voraussetzen, wie die Getreidezölle auf die Gestaltung des Inlandpreises des Getreides wirken werden, wer den Zoll beim Getreide zu tragen hat und wie infolge des Getreidezolls die Entwicklung des inneren Getreidebaues sein wird.

Kann ich es mir einmal sehr verübelt werden, daß ich mich in der Kommission auf einen sozialdemokratischen Schriftsteller bezogen hätte. Solche Angriffe lassen mich vollkommen kalt. Ich gehöre nicht zu denjenigen Personen, die von der Voraussetzung ausgehen, daß, was von der Gegenseite behauptet wird, müsse a priori unwirksam sein. Wenn man sich in dieser Weise von Parteileidenschaft blenden läßt, kann man nicht unparteiisch urteilen. Ich nehme deshalb auch keinen Anstand, mich wieder auf einen sozialdemokratischen Schriftsteller zu beziehen. Der Abg. Schippel hebt in seinem bekannten Werke besonders hervor, daß alle deutschen Getreidezölle mit Einschluß des 5 Mark-Zolls von 1887 ein Sinken der Getreidepreise nicht zu verhindern vermocht hätten. (Wiederholte Ausrufe: Hört! hört! rechts.) Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Weiter wird ausgesprochen, daß gegenüber den Preisen von 1870 und noch mehr den von 1880 ein beständiges Herabsinken der Preise in den achtziger Jahren, in denen zuerst eine Wirkung der Zölle hervortrat, zu beachten ist. „Ohne Zölle hätte man schon damals von einer Katastrophe sprechen können.“ (Hört! hört! rechts.) Seit 1879 ist der Weizenpreis um 35 M. pro Tonne gestiegen.

Es ist ausgesprochen worden, die Landwirte hätten nur ein Interesse an einer Vermehrung der ländlichen Arbeiter um 300- bis 400 000, im übrigen seien sie nur an der Vermehrung der städtischen Bevölkerung interessiert. Ich gestehe zu, daß in Landwirten außerordentlich geholfen wäre, wenn sie 300- bis 400 000 Arbeiter mehr hätten. In den Zeiten, wo die Industrie in Mitleidenschaft fällt der Reichstag auf die Landwirtschaft. Die landwirtschaftlichen Arbeiter sind dann nicht auf dem Lande zu halten, sondern wandern in die Industriezentren aus. Die Landwirte können dann auch zu hohen Löhnen keine Arbeiter bekommen. (Sehr richtig! rechts.) Nicht nur bei den Großgrundbesitzern fehlt es an Leuten, sondern gerade die Bauern leiden furchtbar unter dieser Not. Der kleine Bauer kann nicht existieren ohne einen Knecht, der ihm pflügen und mahlen hilft, und ohne eine Magd, die die Kühe melkt. In meiner schlesischen Heimat sind die Verhältnisse so schlimm, daß einem geradezu das Herz brechen kann, wenn man sie sieht. (Hört! hört! rechts.) Ich werde nun vielleicht nicht auf die Zustimmung der rechten Seite des Hauses rechnen können, wenn ich sage: Kein Polizeimittel wird auf die Dauer im Lande sein — ich halte solche Versuche für nutzlos —, die landwirtschaftlichen Arbeiter auf dem Lande zu halten. Man kann diese nur dann auf dem Lande halten, wenn man ihnen gleiche Existenzbedingungen mit den industriellen Arbeitern giebt. (Zustimmung links. Große Unruhe rechts.) Das kann aber die Landwirtschaft nur, wenn sie dazu finanziell im Stande ist. (Sehr wahr! rechts.) Es ist mir geradezu unverständlich, wie man auf der einen Seite mit Recht fordern kann, daß auch die arbeitende Klasse an dem wachsenden Wohlstand der höheren Klassen, an der Erhöhung des Standard of life teilhaben, und wie man gleichzeitig über die hohen Preise klagt. Das eine schließt das andre aus. Der allergrößte Teil der landwirtschaftlichen Produktionskosten liegt in den Deuteldöhnen, in den Bruttolöhnen. Hohe Deuteldöhne und niedrige Preise sind unvereinbar und müssen zum Bankrott des Großgrundbesitzers führen. Nun wird uns immer England vorgeführt. Die dort herrschende Zollfreiheit soll die landwirtschaftlichen Betriebe außerordentlich begünstigt haben. Entweder verstehe ich nichts von der Landwirtschaft und kann nicht sehen, oder die Herren, die das behaupten, kennen England nicht. (Weiterleitet.) In England ist der Großgrundbesitz in hohem Maße nicht mehr Erwerbsquelle, sondern Luxusbesitz. (Sehr richtig! rechts.) Ein ungeheurer Teil des englischen Großgrundbesitzes besteht aus Jagdgründen. Es gehört in England zu einer gewissen sozialen Position, Großgrundbesitzer zu sein. Das Einkommen stammt aus ganz anderen Quellen. Ich hoffe, daß die Zeit kommen wird, wo es politisch und finanziell möglich sein wird, auch in andern Provinzen Ansiedelungskommissionen zu gründen, als nur in Posen und Westpreußen. Aber Sie irren, wenn Sie glauben, daß der Bauer eines geringeren Zollsbedarfes bedarf wie der Großgrundbesitzer. (Sehr richtig! rechts.) Aus einer Rede des badischen Finanzministers, die dieser vor Jahr und Tag gehalten hat, geht hervor, daß in Baden, wo der Bauernstand erheblich günstiger steht, wie im Osten, ein Gut nach dem andern aus den Händen der Bauern entweder in den Besitz von Privatkapitalisten übergeht oder vom Fiskus angekauft wird. (Hört! hört! rechts.) Also auch der Bauer bedarf des Zollsbedarfes gegenüber Ländern, die unendlich viel billiger produzieren, als wir es jemals können. (Auf links: Dänemark!) Dänemark können Sie mit Deutschland nicht vergleichen. Dänemark hat ein außerordentlich feuchtes Klima, daher unendlich viel günstigere Vieferhältnisse, die minimale oder gar keine Bearbeitung erfordern und ist deshalb in ganz besonderem Maße für die Viehzucht geeignet. Es ist unmöglich, auf dem märkischen Sande dieselben Erfolge zu erzielen, wie in Dänemark.

Man hat heftige Angriffe gerichtet gegen den Erlaß des Fleischbeschau-Gesetzes. Das aus hygienischen Gründen ein Fleischbeschau-Gesetz notwendig war, darüber herrschte seiner Zeit im Reichstag Einstimmigkeit. Wenn man aber für das deutsche Vieh eine solche Fleischbeschau mit ihrer Verlastung für Viehzüchter und Gewerbe einführt, dann konnte man unmöglich das ausländische Fleisch ununtersucht hereinlassen und man mußte diejenigen Fleischwaren von der Einfuhr ausschließen, bei denen eine Untersuchung unmöglich ist. Uebrigens hat die Einfuhr des jetzt ausgeschlossenen fremden Fleisches geschwankt zwischen 2 Proz. und 3 Proz. des deutschen Konsums, wenn man 45 Kilogramm pro Kopf annimmt. Die Einfuhr von Würsten und Wurstfleisch beträgt etwa 1/5 Proz. des gesamten Fleischkonsums. Solche minimalen Zahlen können unmöglich einen maßgebenden Einfluß auf die Ernährung des Volkes ausüben. — Ich komme nun kurz zur Frage der Fleischversorgung des deutschen Volkes. Der Verfasser des Werkes „Die deutsche Volkswirtschaft am Schluß des 19. Jahrhunderts“ konstatiert, daß die relative Größe des Viehstandes im ganzen ungefähr die gleiche geblieben ist im Verhältnis zur Bevölkerung. Weiter ist zu konstatieren, daß das Durchschnittsgewicht eines Stückes Vieh derselben Gattung und desselben Alters sich gehoben hat und dreifach — das ist entscheidend und wird von den Herren der Linken stets außer acht gelassen — der Umsatz ist schneller geworden. Daraus kann man schließen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit inländischem Schlachtwich jetzt keineswegs ungünstiger, ja wesentlich reichlicher ist als vor 10 und 20 Jahren. Es giebt zwei Wege, die Viehwirtschaft zu belämpfen. Erstens man kann die Grenzen absolut freimachen, aber unter der Voraussetzung, daß dann rückwärts jedes Stück Vieh, das krank gefunden wird, getötet wird. Daraus folgt natürlich die Pflicht der Entschädigung der betreffenden Viehhalter, und diese würde ganz unerschwinglich sein, sicher würden jedenfalls die Fleischpreise dann noch viel teurer werden als sie jetzt sind. Die ungeheuren Lasten der Entschädigung kämen nur der ausländischen Landwirtschaft zu gute. (Sehr richtig! rechts.) Dazu können wir unsere Hand natürlich nicht bieten. Als ich noch Landeshauptmann in Posen war, ich war 23 Jahre dort thätig, kam es häufig vor, daß der Pferdebestand ganzer Güter, wenn sich der Mox eigensinnig hatte, manchmal drei- viermal nach einander getötet werden mußte. Dann gab es Jahre, in denen Zungenfleisch und Mox kaum mehr vorhanden. Jeder praktische Landwirt wird mir Recht geben, die Sperre eines Geschäftes, die Tötung eines ganzen Viehbestandes bringt

eine solche Störung für den Viehhalter mit sich, daß er sie oft gar nicht überleben kann, wenn er auch Entschädigung bekommt. Es ist also notwendig, daß die Veterinärpolizei loyal aber auch streng gehandhabt wird. Unser Vieh- und Pferdebestand muß geschützt werden. Erst ganz kürzlich ist wieder in Mannheim die Maul- und Klauenseuche aufgetreten und wie mit ziemlicher Sicherheit festzustellen ist, durch Einfuhr österreichischen Viehs.

Nun ist das Reichs-Gesundheitsamt wegen des Verbots der Vorkäure angegriffen worden. Die formelle Verdrängung des Verbots steht außer Frage, aber auch sachlich haben wir die ausgezeichnetsten Sachverständigen für das Verbot. (Sehr richtig! rechts.) Weiterleitet.) Man sagt nun, kleine Dosen sind unschädlich. Rührt man aber das Verbot fallen, so begiebt man sich aber jeder Kontrolle über die Stärke der Dosen. Wir sind auf diesem Gebiete ja auch keineswegs Konsisten, andre Staaten gehen ebenso vor. In der Schweiz, in Frankreich, in Belgien, in Rumänien und andern Staaten bestehen Vorkäure-Verbote. Freilich giebt es Gelehrte, die andre Meinung sind. Bis aber der Beweis für die Nichtigkeit des Verbots geführt ist, muß sich der Bundesrat an die Meinung einer so hervorragenden Körperschaft wie es das Reichs-Gesundheitsamt ist, halten. Ich möchte nun auf zwei Behauptungen eingehen, die hier aufgestellt worden sind. Es ist gesagt worden, die Regierung hätte ursprünglich einem Wertensoll von 4 M. zugestimmt, die zweite ist die, die Regierung habe sich dem vom Wirtschaftlichen Ausschuss aufgestellten Doppeltarif angegeschlossen. Beide Behauptungen sind völlig unrichtig. Solche Behauptungen sind nicht geführt worden. Für die Regierung war es natürlich wichtig zu wissen, wie hoch man bei den autonomen Zöllen gehen könne und wie weit bei Handelsverträgen. Es war natürlich für die Regierung von Wert zu wissen, wie Sachverständige über diese beiden Grenzlinien denken. Die Aufstellung des Doppeltarifs im Wirtschaftlichen Ausschuss ist aber nur schematisch erfolgt.

Auf ein bestimmtes System hat sich die Regierung dem Wirtschaftlichen Ausschuss gegenüber in keiner Weise festgelegt. Der Wirtschaftliche Ausschuss ist ja auch nur eine beratende Körperschaft, die keine Beschlüsse zu fassen hat. Gewiß kann ein Doppeltarif ein wichtiges handelspolitisches Instrument sein, aber der Doppeltarif darf in den Minimalfällen nicht so hoch sein, daß wer an ihm festhält, mit aller Welt in Zollkriege gerät. Es ist mir auch sehr zweifelhaft, ob wir mit einem allgemeinen Doppeltarif leichter operieren können, wie mit dem von uns jetzt aufgestellten Tarif. Wir haben nur bei den vier Getreidearten Minimalzölle eingeführt und diese Einsetzung hat die schwersten Aufsetzungen erfahren. Folgende Gründe haben den Bundesrat aber dazu bestimmt. Es ist doch klar, daß bei Handelsvertrags-Verhandlungen als erste Frage die an den Herrn Reichskanzler gestellt wird, wie weit er bei den Getreidearten heruntersinken geneigt ist. Es war also für den Reichskanzler gegeben, sich in dieser Kardinalfrage des Einverständnisses der verbündeten Regierungen zu versichern und eine Grenzlinie zu bestimmen. Die verbündeten Regierungen treten beim Abschluß von Handelsverträgen nicht in so entscheidendem Maße in die Erscheinung, weil die Handelsvertrags-Verhandlungen von besonderen Kommissaren Sr. Majestät geführt werden. Zweitens hätte sich sonst die ganze Agitation gegen die hohen autonomen Sätze gerichtet. Wir sehen das ja jetzt bei den Industriezöllen, auch hier wendet sich die Agitation gegen die hohen Sätze, obwohl diese keineswegs endgültig sind, sondern nur als Kompensationsobjekte so hoch in den Tarif eingestellt worden sind. Alle Berechnungen, wie hoch die Belastung einer Familie durch die erhöhten Zölle, wie hoch die Mehreinnahmen des Reiches sein werden, hängen ganz in der Luft. Wir wissen ja heute noch gar nicht, wie der erhöhte Getreidezoll auf die Produktion im Inlande wirken, ob er sie nicht steigert. Davon aber sind die Belastung für die Familien und die Mehreinnahmen für das Reich abhängig. Auch bei den Industriezöllen werden der Berechnung dieser Mehreinnahmen immer die autonomen Sätze des Tarifs zu Grunde gelegt, während doch nur die Konventionalsätze für die Einnahmen des Reiches in Betracht kommen. Man kann ja solche Berechnungen anstellen, aber sie haben keinen praktischen Wert. Wie der Herr Reichskanzler zu dem System der Minimalzölle und zu den Verbänden steht, weitere Minimalzölle einzuführen, hat er selber überzeugend nachgewiesen. Darüber brauche ich nicht weiter zu sagen.

Nun wird der Regierung immer zugerufen: Ja, wenn hier doch nichts zu stande kommt, so verlängern Sie doch einfach die bestehenden Handelsverträge oder schließen Sie auf Grund des jetzigen autonomen Tarifs die neuen Handelsverträge ab. Erstens gehören zu solchen Aktionen immer zwei, und zweitens kann es keinem Zweifel unterliegen, daß unsere Situation jetzt wesentlich ungünstiger ist auf Grund des alten autonomen Tarifs als auf Grund eines neuen. Ich habe hier einen Nachweis über 32 Staaten, mit denen wir Handelsverträge oder Weißbegünstigungskaufverträge haben, die seit dem Abschluß der Caprivischen Handelsverträge ihre Höhe sehr wesentlich erhöht haben. (Hört! hört!) Trotzdem sollen wir auf Grund unseres alten autonomen Tarifs mit ihnen in Verhandlung treten. Herr von Marschall, ein Mann, der die maßgebende Rolle beim Abschluß der Caprivischen Handelsverträge gespielt hat, hat schon im Jahre 1892 — wir sind so rachsüchtig, daß selbst Wesentliches schnell vergessen wird — unmittelbar nach Abschluß des Handelsvertrages mit Oesterreich hier erklärt: Wir müssen einen neuen Zolltarif haben, wir dürfen nie mehr auf Grund des alten Tarifs mit andern Staaten in Handelsvertrags-Verhandlungen treten. Wenn Sie uns zwingen, auf Grund des alten Tarifes in neue Verhandlungen mit den andern Staaten zu treten, dann ist die Gefahr eines Zollkrieges viel größer, als wenn wir auf Grund eines neuen Tarifs verhandeln würden. Daß ich da jede Maßregel perhorreschiere, die zu einem Zollkrieg mit andern Staaten führt, dessen können Sie sicher sein. Ich kann Ihnen nun auf Grund meiner Kenntnis der Dinge versichern, daß die Gefahr, in handelspolitische Schwierigkeiten zu geraten, größer ist auf Grund des alten als auf Grund des neuen Tarifs. Das ist ein Gebiet, das man in einer parlamentarischen Versammlung nicht ganz verschleiern kann. Hier gehört aber ein gewisses Vertrauen und ein gewisser Glaube dazu. (Hört! hört!) Unser alter Zolltarif stammt aus dem Jahre 1879. Wenn wir mit ihm in der Hand verhandeln wollten, dann ist es gerade so, als wenn Sie eine Armee mit dem alten Ausrüstung von 1818 gegen eine Armee ins Feld schicken wollten, die mit den neuesten Waffen der modernen Kallistik versehen ist. (Bewegung.) Wir haben eine Zeit in Preußen gehabt, wo die Parteien der Regierung die Mittel verteuert haben, um die Rüstung der Armee zu erneuern. Es ist das unersichtliche Verdienst eines glühenden Vaterlandsfreundes und eines eisernen Charakters, wie es Bismarck war, mit allen Chancen des Gelingen und des Mißlingens dennoch diese Reubewaffnung durchgeführt zu haben. (Große Unruhe links. Abg. Singer ruft: Warum machen Sie es denn nicht ebenso?) Was wäre aus Deutschland ohne Bismarck geworden? (Große Unruhe links.) Und heute sind wir wieder in derselben Lage. Wir verlangen eine bessere handelspolitische Ausrüstung. Es ist ein kritischer Augenblick. Ich kann den Mehrheitsparteien nur den dringenden Rat geben, von allen weitergehenden Forderungen als bald abzusehen, wenn Sie überhaupt einen Tarif erreichen wollen. (Auf rechts: Aha!) Sie rufen: „Aha!“, aber Ihre weitergehenden Forderungen sind nicht realisierbar, wir können sie nicht erfüllen, wir müssen hier ein besseres Urteil für uns in Anspruch nehmen. Man muß sämtliche Bevölkerungsklassen hierbei beurteilen und nicht nur die Lage einer einzelnen. Wir sind auf diesem Wege soweit gegangen, wie wir nur konnten, so daß ich Sie bitten muß, sich auf den Regierungsentwurf zurückzuziehen. (Unruhe rechts.)

Das Jahr 1902 ist ein erstes, kritisches Jahr für die deutsche Landwirtschaft. Ob der Tarif an der Scholle oder an der Charibdis scheitert, ist für sie ganz egal. Das aber sage ich Ihnen: Wenn der Tarif scheitert, dann wird für lange Zeit sich kein Vieh mehr in die Nähe so gefährlicher Klippen wagen! (Abg. Singer: Gott sei Dank! Weiterleitet und Unruhe.) Die warnende Schrift steht bereits an der Wand, und man braucht kein Daniel zu sein, um sie lesen zu können. (Eingeklammertes Bravo! bei den Nationalliberalen. Unruhe.)

Abg. Trimborn (C.):

Herr Bebel hat die Verhandlungen im Kölner Stadtparlamenten-Parlament erwähnt und behauptet, daß die deutsche Zollpolitische Haltung geändert habe. Es ist dort festgestellt worden, daß die Abnahme des Fleischkonsums in diesem Jahre zurückzuführen ist auf die wirtschaftliche Depression, und daß auch eine Fleischsteuerung eingetreten ist in Bezug auf das Schweinefleisch. Demgegenüber ist eine vorübergehende Dehnung der Grenzen unter Wahrung der notwendigen Kontrolle auch von mir verlangt worden. Zölle und Grenzsperrn sind ganz verschiedene Dinge. Wir müssen doch auch mit der Möglichkeit, ja der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die Grenzsperrn mehr und mehr zurücktreten. Je mehr Ausland befreit wird, je mehr Viehbestände freier zu erhalten, werden die sanitären Maßnahmen der Grenzsperrn gemindert werden können. Dann werden die Zölle erst in ihrer vollen Wirkbarkeit treten. Ich hoffe, das werden Sie (nach links) nun doch wohl verstanden haben. (Große Heiterkeit.) Der Landwirtschaft ist viel mehr gebietet mit der Dehnung der Grenzen bei anstehendem Zollschutz als mit einer langen Aufrechterhaltung der Sperre bei ungenügenden Zöllen. Allerdings reicht für Speck und Schmalz die inländische Produktion nicht aus; deshalb haben wir auch — was im Lande noch nicht genug bekannt ist — für Speck und Schmalz keine Mindestzölle eingeführt, sondern nur die bestehenden Zölle etwas erhöht. Deswegen gehe ich auch trotz der düsteren Vorwahnungen des Abg. Gogh mit gutem Willen in die nächsten Reichstagswahlen. Eine extreme Freihandelswirtschaft aber würde zum Ruin der Volkswirtschaft führen und am letzten Ende würden davon die Arbeiter am meisten betroffen. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.) Solche rühmigen Erwägungen finden beim Gros der rheinländischen Bevölkerung volles Verständnis. Diese Bevölkerung ist viel zugänglicher für ruhige Erwägungen als für leidenschaftliche Ergüsse, wie sie zum Teil aus der Rede des Abg. Bebel vom Sonnabend hervorstrahlen. Ich weiß, daß Abg. Bebel, der im Schatten des schönen Doms geboren ist, keinen schärferen Wunsch hat, als Köln für die Sozialdemokratie zu erobern. Wenn er diese Eroberung aber im Stil seiner Sonnabend-Rede versucht, dann kann er lange warten, bis die rote Fahne auf dem Dom zu Köln weht! (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Abg. Haase (Soc.):

Herr Trimborn sollte lieber zunächst dafür sorgen, daß der Sozialdemokratie in der Rheinprovinz und insbesondere in Köln das volle Vereins- und Versammlungsrecht gewährt wird und daß ihr in Köln Säle zur Verfügung gestellt werden, damit sie überhaupt in die Lage kommt, dem Volke ihre Lehren zugänglich zu machen. Abg. Trimborn hat dem Abg. Bebel einseitige Vertretung der städtischen Interessen vorgeworfen. Er scheint gar nicht zu bedenken, daß auch auf dem Lande Tausende von Arbeitern und Anhänger der Sozialdemokratie wohnen. Graf Posadowsky hat heute wiederholt die Kommissionsbeschlüsse für unannehmbar erklärt. Deshalb seien denn die Mehrheitsparteien die Beratung überhaupt noch fort, falls sie nicht schon jetzt entfallen sind, sich auf die Regierungsvorlage zurückzuziehen? Meine Partei hat kein andres Interesse, als daß der Zolltarif mit allen Einzelheiten gründlich durchberaten wird. (Lachen rechts.)

Graf Posadowsky hat sich auf das Buch meines Parteigenossen Schippel „Grundzüge der Handelspolitik“ bezogen und hat erklärt, Schippels Ausführungen seien durchaus wissenschaftlicher Natur. Schippel unterzucht lediglich, welche Momente den Weltmarktpreis für Getreide beeinflussen. Er weist darauf hin, daß der Weltmarktpreis infolge der großen Konkurrenz und der billigen Frachten geringer geworden sei, so daß selbst trotz eines höheren Zolls im Inland der Preis nicht habe wachsen müssen. Das hindert aber doch nicht, daß der Preis im Inlande noch geringer hätte werden können, wenn wir den Zoll nicht gehabt hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An zwei Stellen seines Buches, Seite 12 und 13, erklärt Schippel ausdrücklich, daß der Zoll tatsächlich den Getreidepreis im Inlande annähernd um den Zollbetrag erhöht habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn übrigens Graf Posadowsky so großen Wert auf Schippels Ausführungen legte, hätte er auch den Schlußsatz des Buches zitieren sollen, der auf Seite 32 zu finden ist. Dieser Satz lautet: Wir mögen über die Ursachen der agrarischen Krise so oder so denken... Das industrielle Proletariat wird die Kostener der Brotkörbe stets als gewissenlossten Vorkämpfer der vereinten Volkseinde verwerfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowsky hat uns gewarnt vor der Entwicklung, die die Landwirtschaft in England genommen habe. Es ist gar kein Zweifel, daß die Entwicklung der Latifundien in England vor sich gegangen ist unter den hohen Kornzöllen.

Doch die Frage, die uns jetzt vornehmlich interessiert, ist die Frage der Fleischnot. Die Fleischsteuerung lastet schwer auf unserer Bevölkerung, breite Volkswachen darben und hungern. Wenn unter diesen Umständen die händlerische Presse von einem Fleischnotrummel spricht, so ist das geradezu eine Privatität. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ganz unverständlich ist die Behauptung der Händler, die Presse mache die Fleischnot. Wenn die Herren lediglich ihre eigene Presse in den letzten Monaten gründlich gelesen hätten, würden sie dort ungefähr dieselben Ausführungen gefunden haben, wie sie Bebel am Sonnabend hier gemacht hat. Der „Dresdner Anzeiger“ schrieb im August 1902: „Was Dresden anlangt, so ist der Auftrieb auf dem heftigen Central-Schlachthof im Laufe der letzten Zeit immer geringfügiger geworden, obgleich die Einwohnerzahl erheblich gewachsen ist.“ Ein agrarfreundliches Colmarer Blatt schrieb: „Während wir hier unter thätigster Feuerung senken und das Fleisch enorm hoch bezahlen müssen, hat man jenseits der Grenze niedrige Preise.“ Die „Germania“, das Centralblatt der Centrumpartei, sprach ebenfalls von einer „enormen Preissteigerung“, die „wenn sie noch länger anhalten sollte, zu einer „wahren Katastrophe“ würde.

Herr Spahn aber wußte gestern gar nichts von enorm teuren Fleischpreisen. Die Presse jener Herren aber wird, obgleich sie uns belämpft, angefaßt der klaren Thatsachen zur Anerkennung der Fleischnot gedrängt. Redner verliert zum Belege weitere Neuferungen der nationalliberalen und Centrumpresse. Die Kommune Stralsund hat den Zwischenhandel auszuscheiden versucht und Schlachtungen in eigener Regie ausgeführt. Katholisch konnte die Stadt billiger liefern. Wir sind auch keine Freunde dieser Ausschaltung des Zwischenhandels, im Gegenteil, wir wünschen dem Vorgehen der einen Stadtgemeinde Nachahmung, wir wünschen, daß die Stadt die Bevölkerung auch nicht nur mit Fleisch, sondern auch mit Brot und Milch versorgt. Diese Ausschaltung des Zwischenhandels begrüßen wir also, anders liegt es mit der Ausschaltung des Zwischenhandels durch die ländlichen Produktivgenossenschaften. Durch diese Produktivgenossenschaften wird das Fleisch nicht billiger, sondern teurer. Daß die Fleischer nicht schuld an der Fleischteuerung sind, erhellt aus amtlichen Berichten, die nicht so voringenommen wie die preussischen sind. Die sächsischen amtlichen Berichte führen die Fleischteuerung z. B. ausdrücklich auf den Mangel an geeignetem Schlachtvieh zurück. Daß die Preise namentlich für Schweinefleisch ganz enorm gestiegen sind, erhellt aus den amtlichen Statistiken zur Genüge. Es erhellt daraus auch, daß die Steigerung der Viehpreise im Verhältnis noch mehr gestiegen sind, als die Fleischpreise. Hohe Schweinefleischpreise hat gestern auch Herr v. Oldenburg zugegeben, er hat auch eingestanden, daß eine Viehkrankheit vorhanden ist. Ob Fleischnot oder Fleischteuerung besteht, das ist doch nur ein Streit um Worte. Die Fleischteuerung ist eben zur Not großer Bevölkerungskreise ausgewichen. Wir haben in den letzten zwei Jahren schlechte Futterernten gehabt, aber jetzt geht man daran, die Futtermittel durch erhöhte Zölle noch künstlich zu verteuern. (Sehr richtig! links.) Die Viehproduktion ist zurückgeblieben hinter dem Steigen der Bevölkerung. Der Auftrieb auf den Viehhöfen ist ganz erheblich zurückgegangen. Der Fleischkonsum ist in Königsberg, wo er an sich schon gering war, noch weiter bedeutend zurückgegangen. Nur der Pferdefleisch-Verbrauch hat zugenommen, in Königsberg um 20 Proz. in Oberhelffen um das Doppelte. Die

Leute können eben kein Schweinefleisch mehr bezahlen. Man hat den Rückgang mit der wirtschaftlichen Krise erklärt. Man hat damit zu geben müssen, wie groß das Missverhältnis ist. Als wir es behaupteten, wurden wir der Liebertreibung und Heberei beschuldigt. Gewiss ist auch die Krise beteiligt an dem Rückgang des Fleischkonsums, aber bei geringerer Nachfrage hätten die Preise sinken müssen, wenn das Angebot in früherer Stärke vorhanden gewesen wäre. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Eine Reihe von Kommünen, darunter auch Königsberg i. Pr., haben die Aufhebung der Grenzsperrung verlangt und der Regierungspresident und der Oberpräsident von Preußen haben teilweise Aufhebung der Grenzsperrung befürwortet. Herr Sittart vom Centrum hat sich für die Doffnung der Grenzen ausgesprochen, ebenso Herr Schmitt-Mainz. Diese Herren scheinen anderer Meinung zu sein, als der offizielle Redner des Centrums, Herr Spahn, der den beschränkten Unterhandlungsvertrag gepredigt hat und alles der Weisheit der Regierung überlassen wollte. Die Händler wollten, daß die Wirkung der Grenzsperrung, die Fleischsteuerung, durch den Zoll dauernd gesichert werde. Wenn die Händler wüßten, daß die Grenzsperrung dauernd aufrecht erhalten würden, dann würde ihnen gar nicht so auf den hohen Viehpreisen liegen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es sieht fest, daß 1900 Schweine wöchentlich über die obernachlässige Grenze kommen, ohne daß auch nur ein Fall der Versteigerung hätte konstatieren werden können. Wie ist da noch irgend ein plausibler Grund zu finden, um die Grenzsperrung noch weiter aufrecht zu erhalten.

Man hat Graf Posadowski mit der Ausmalung der Gefahren der Grenzöffnung einen großen Triumph auszuspielen versucht. Aber wie ist von uns eine völlige Grenzöffnung verlangt worden. Er rannte also offene Thüren ein. Die Seuchengefahr vom Auslande ist nicht so groß wie sie vom Grafen Posadowski und den Herren von der Rechten hingestellt werden. Wenn der Beweis nicht sicher ist, sollte man nicht die Behauptung aufstellen, dieser Seuchengefahr ist durch Einfuhr vom Auslande verschuldet. Herr v. Feilich hat in Bayern erklärt, es hätte von Seuchen in Bayern kein Ausbreiten eingeschleppt werden. (Hört! hört! links.) Der sächsischen Reichstagsmitglied gegenüber thut die Regierung nichts weiter, als daß sie Ermittlungen anstellt. Wenn die Agrarier ein Rossband betreibt, so ist die Regierung zu ganz anderen Maßnahmen bereit. Aber hier trifft die Not ja nur die Massen der Proletarier. (Hört! hört! links.) Herr v. Oldenburg hat uns gestern schon das Resultat dieser Enquete mitgeteilt. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Er sagte, die Fählung des Viehes würde eine solche Menge ergeben, wie man sie nicht für möglich gehalten hätte. Es besteht hauptsächlich eine Viehschappheit und da kommt man auf den Gedanken, daß die Enquete doch nicht ganz objektiv angestellt wird. Ich möchte Herrn v. Bobdillier fragen, wie die Enquete zu stande kommt, wer die Kundstufpersonen sind, ob wirklich in erster Reihe die Vorstehenden des Bundes der Landwirte befragt werden. (Hört! hört! links.) Wenn sich dieses Gerücht bewahrheiten sollte, dann kann man freilich auf das Ergebnis rechnen, das gestern schon Herr v. Oldenburg angekündigt hat. (Sehr gut! links.) Das letzte Argument für die Hölle ist immer noch, daß die Arbeiter davon Nutzen haben sollen. Wir kennen dieses Lied schon lange und es wird immer mit dem Naturalienlohn für die Landarbeiter operiert. Tatsache ist aber, daß der Geldlohn steigt und das Deputat immer mehr zurückgeht. Es ist so gering, daß die Leute kaum ihre Nahrungsbedürfnisse befriedigen, geschweige denn noch etwas zur Viehsütterung benutzen können. Die Landarbeiter müssen auf daselbe Niveau gehoben werden mit den industriellen Arbeitern, vor allem auf sozialem und rechtlichem Gebiet. Die Landarbeiter empfinden den Mangel des Koalitionsrechts als eine Ungerechtigkeits und sie werden ihnen wegkaufen, so lange sie noch unter der Gefährde-Ordnung seufzen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie verlangen höhere Löhne, um höhere Löhne zahlen zu können. Haben die Landwirte etwa jemals ihren Arbeitern bessere Löhne gezahlt, als es ihnen besser ging. (Wehe! Ist ihnen ja nicht eingefallen.) Vor allem verlangen die Arbeiter bessere menschenwürdige Behandlung. Der Ernteharvester hat ja wieder gezeigt, wie in Wirklichkeit die Verhältnisse der Landarbeiter sind. Die Landarbeiter wollen in solchen Zuständen der Unsitlichkeit nicht länger haften, sie wollen menschliche Zustände. Das Gefühl der Menschlichkeit ist in ihnen erweckt durch unsere Agitation, sie kommen in Scharen zu uns. Ein Zeuge in dem Prozeß hat erzählt, als die Landarbeiter in Tralehen ein socialdemokratisches Flugblatt in die Hände bekamen, sagten sie: „Die haben ganz recht“. Diese Arbeiter haben vielleicht vorher noch nichts von der Socialdemokratie gewußt, als sie aber das Flugblatt lasen, fanden sie meistens den Ausdruck dessen, was sie längst selbst empfunden hatten. Herr Trimbom meinte, seine Partei habe bei den letzten Wahlen zugenommen. Ja, an Mandaten wohl, nicht aber an Stimmenzahl, und Herr Trimbom wird selbst wissen, daß in großen Streifen der katholischen Arbeiter sich eine große Mißstimmung gegen seine Partei bemerkbar macht. Der Fleischkonsum geht in demselben Maße zurück wie der Alkoholums steigt. Und an dieser Schwächung der Volksgesundheit, diesen sittlichen Verfall gehen die Herren von der Regierung achtlos ohne nennenswerte Erregung vorüber. Es ist lediglich der aufstrebende Wirkfamkeit der Socialdemokratie zu verdanken, daß es bei dieser großen Not und diesem Elend nicht zu Hungerrevolen gekommen ist. Mit der Annahme des Zolltarifs verschärfen Sie noch den jetzigen Zustand, der wahrhaftig schon schimmern genug ist. (Lebhafte Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Schudert-Gesellschaft. Schon bei der Besprechung der letzten Bilanz der Electricitätsgesellschaft voran. Schudert wurde darauf hingewiesen, daß die Einstellung der Aktien der Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen mit 50 Proz. ihres Nominalwertes in die Bilanz der Schudert-Gesellschaft als zu hoch gelten müsse. Nachdem bereits in letzter Zeit die Aktien der Kontinentalen Gesellschaft immer weiter heruntergerutscht sind, fielen sie heute an der hiesigen Börse um weitere 5 1/2 Proz. auf 85,25. Und ebenso gingen die Aktien der Schudert-Gesellschaft, da ihr Besitz an Aktien der Kontinentalen Gesellschaft nominell 28 Millionen Mark, also nach der Bilanz 14 Millionen Mark beträgt, im Kurse um 3 Proz. zurück, auf 75 Proz.

Vom englischen Eisenmarkt meldet die Fachzeitung „Industrie“: Die Stimmung in den Eisenbezirken ist einigermaßen gedrückt. Einiges Puddelisen wurde zwar in der vergangenen Woche noch für Amerika gekauft. Die amerikanische Nachfrage stodi aber im allgemeinen. Selbst die Verschiffung des früher gelassen Eisens geht langsam vor sich, und was an amerikanischer Nachfrage für Stahl noch vorhanden ist, wird von Deutschland gedeckt. Gleichzeitig nahm der deutsche und belgische Wettbewerb überhaupt zu. Er zeigt sich am schärfsten in gewöhnlichem Stabeisen, Stahl, Baueisen und Platinen. Die Schiffsbauwerke klagen dauernd über empfindlichen Mangel an neuen Aufträgen. In Widdlesbrough hat mit dem Ende des Ausstandes der Kohlengrubenarbeiter in America auch die Nachfrage nach Roheisen aufgehört. Die Verschiffungen nach America werden noch etwas fortauern, und zwar noch auf Rechnung alter Aufträge. Das Geschäft in Roheisen beschränkt sich auf Abschlässe für sofortige Lieferung. Der Preis von Cleveland No. 3 Roheisen ist innerhalb der letzten Tage von 53 sh. 6 d. auf 52 sh. gefallen. Für spätere Lieferung würden gern Zugeständnisse gemacht werden, die Lage ist aber im allgemeinen derart, daß man sich auf langfristige Geschäfte nicht einlassen will.

Die obige Darstellung wird durch die Meldungen englischer Mäster, darunter auch des „Ironmonger“, bestätigt. Vorerst ist es Verantwortl. Redakteur: Carl Veid in Berlin. Inseratenteil verantwortl.: Th. Glose in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagshaus

England, das hauptsächlich den Rückgang der amerikanischen Nachfrage zu fühlen bekommt, aber es dürfte kaum lange dauern, daß auch die deutsche Eisenindustrie ihre jetzige Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten mehr und mehr zusammenschumpfen sehen wird.

Bankrott. Die große Leonoffische Zuckerfabrik, Aktiengesellschaft in Warschau, ist in Zahlungsstodung geraten. Das Defizit beträgt 1 1/2 Millionen Mark.

Amerikanische Reproductivpolitik. General James Wilson, bekannt als einer jener Handelspolitiker, die energisch für eine engere Handelsverbindung der Vereinigten Staaten mit Cuba eintreten, hielt gestern in Chicago im Handelsklub eine Rede, in welcher er für eine Freihandelsvereinigung zwischen den Vereinigten Staaten, Cuba, Portorico, Mexiko und Kanada gegen Europa eintrat, die geeignet sei, das Handelsübergewicht der Vereinigten Staaten auszubehnen. Kanada sollte unter der Bedingung Freihandel gewährt werden, daß es den amerikanischen Tarif gegen England anwende. Die Monroe-Doktrin sollte auch auf Cuba angewendet werden. Sollte England also die Kolonien jemals hart behandeln, so wäre es Pflicht der Vereinigten Staaten, sich ins Mittel zu legen.

Eine derartige Handelsvereinigung könnte den amerikanischen Großindustriellen und Trustmagnaten sicherlich passen. Sie würde dem inneren Markt Kanadas und Mexikos völlig der Industrie der Vereinigten Staaten ausliefern, während diese von der industriellen Konkurrenz beider Staaten nichts zu befürchten hätten und auch die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus Kanada in die Union nur wenige Zweige der Landwirtschaft berühren würde. Jedoch werden weder Kanada noch Mexiko sich auf diese Pläne einlassen, denn die Wilsonsche Freihandelsvereinigung bedeutet nichts anderes als eine völlige Erstickung der industriellen Ansätze in beiden Ländern, vor allem der sich schnell in Mexiko entwickelnden Baumwollspinnerei und Weberei.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend. Einen „Notruf aus Arbeiterkreisen“

verbreitet die „Post“. Dieser „Notruf“ kommt aus der gepreßten Brust eines Unternehmers der Kohlelegbranche, und er ist in einem so deutlichen Scharfmacherton gehalten, daß es bezeichnend erscheint, wenn ihm die scharfmacherische „Post“ als Resonanzboden dient. Die Unternehmers der Kohlelegbranche waren seither gewohnt, die Arbeitsbedingungen selbst festzusetzen, denn die Organisation der Kohleleger war schwach. Jetzt, wo diese erstarkt ist, und die Kohleleger nun ihrerseits mit eigenen Forderungen an die Unternehmer herantreten, sind die Arbeitgeber zu verdruckt, daß sie, die der Arbeiterbewegung ganz verständnislos gegenüberstehen, sich die Lohnbewegung der Kohleleger nicht anders erklären können, als das Ergebnis einer von der Socialdemokratie angezettelten Verberbung, der die armen, sonst so zufriedenen Kohleleger, nur widerwillig nachgeben. „Alte, jahrgelungelange in einer Stellung und in bestem Einvernehmen mit dem Chef thätige Monteur mußten ihren Angen ihre Arbeit verlassen, dem Nachspruch der Genossen folgend.“ So erzählt im Brustton der Ueberzeugung der notrufende Unternehmer, welchen Wert in Bezug auf Glaubwürdigkeit seine Schilderungen haben, werden wir sogleich zeigen. Der Notruf behauptet mit unglaublicher Dreistigkeit:

Die Forderungen wurden einer großen Zahl von Unternehmern gar nicht einmal bekannt gegeben, sondern der Streik ohne weiteres in einer Form begonnen, die keinen Zweifel daran lassen konnte, daß man es lediglich auf eine socialdemokratische Machtprobe abgesehen hatte, um auch die Installationsbranche unter die Parteihut zu bringen, wie schon so manche andre Branchen, die infolgedessen kaum noch lebensfähig sind.

Nach der Darstellung des Unternehmers haben die Kohleleger mit ihrem Streik sojuzagen einen heimtückischen Ueberfall auf die nichtsahnenden Unternehmer ausgeübt. Wie verhält es sich aber in Wirklichkeit?

Wer seine Kenntnisse über Arbeiterangelegenheiten nicht nur aus der „Post“ schöpft, der muß wissen, daß der jetzt von den Kohlelegern geforderte Tarif seit einer Reihe von Wochen beraten, am 5. October endgültig festgesetzt, veröffentlicht und gleichzeitig der Zustimmung eingereicht worden ist. Erst nachdem die Zustimmung auf die von den Arbeitern gewünschten Verhandlungen nicht einging, beschloßen die Kohleleger am 12. October, daß der Tarif am folgenden Tage jedem Unternehmer persönlich eingereicht, und bis zum Abend des 15. October auf Antwort erwartet werden sollte. Erst am 16. October wurde die Arbeit dort niedergelegt, wo die Unternehmer die Forderungen abgelehnt hatten. Es ist demnach eine schreiende Unwahrheit, wenn behauptet wird, einer großen Zahl von Unternehmern seien die Forderungen nicht bekannt gegeben worden. Sollte irgend einem Unternehmer der Tarif nicht bekannt geworden sein, so hat er es nicht der Mühe für wert gehalten, denselben anzusehen. Denen, die ihren „Notruf“ in den Spalten der „Post“ ertönen lassen, ist eine solche Verachtung der Arbeiterforderungen schon zu vertrauen, und wenn ihnen der Streik deshalb unerwartet gekommen ist, so haben sie selber Schuld daran. Daß den Unternehmern der Streik nicht angenehm ist, glauben wir gern. Sie haben es aber in der Hand, sich mit den Streikenden, die jederzeit zu Verhandlungen bereit sind, zu einigen und so wieder geregelte Verhältnisse herzustellen. Keineswegs kann der Friede dadurch herbeigeführt werden, daß die Unternehmer Unwahrheiten über den Streik verbreiten und die Arbeiterbewegung mit dem Polizeihäufel niederschlagen lassen möchten.

Zum Streik der Bleiseter, Glasmaler und Messinglaser.

Mit Hohen schon kämpften jetzt die Streikenden, um ihre gerechten, bescheidenen Forderungen durchzubringen, trotz des schroffen ablehnenden Verhaltens der Arbeitgeber. Wir sind fest entschlossen, den Unternehmern die Spitze zu bieten und den Sieg über das Unternehmertum davonzutragen. Es ist uns nur durch die Opferfreudigkeit und das Solidaritätsgelübde der gesamten Arbeiterchaft, die uns durch materielle Beiträge bis jetzt treu zur Seite gestanden hat, möglich gewesen, den Kampf so lange zu führen, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß uns dieselben auch fernherhin ihre Unterstützung zu teil werden lassen.

Die indirekte Veranlassung zum Streik war die Stellung der Forderung auf Anerkennung unres Arbeitsnachweises. Nachdem uns diese Forderung rundweg abgelehnt, wurde in einer öffentlichen Verhandlung der Beschluß gefaßt, diese Forderung mit einer Lohnforderung zu verschmelzen und eventuell durch eine Arbeitsniederlegung zur Geltung zu bringen. Nachdem nun nach vierwöchentlichem Streik die erste ergebnislose Kommissionsverhandlung stattgefunden hatte, rühten die Verhandlungen wiederum drei Wochen, bis uns der Vorstand des Arbeitgeberverbandes durch ein Schreiben erklärte, in weitere Kommissionsverhandlungen treten zu wollen, und sollten wir uns zu dieser Verhandlung mit den weitgehendsten Vollmachten ausdrücken lassen, worum wir auch die Herren Arbeitgeber ersuchten. Wie weit nun unser Eruchen von den Herren Arbeitgebern berücksichtigt wurde, sollten wir in der Kommissionsitzung gewahr werden. Die Herren Arbeitgeber dachten, der Zweck der Verhandlung sollte der sein, uns auf Gnade und Ungnade auszuliefern; denn die Herren waren anfänglich absolut nicht zu bewegen, uns weitere Zugeständnisse zu machen, und als darüber lang und breit debattiert worden war, waren dieselben so großmütig, uns einen etwas erhöhten Lohn von 3 Pf. pro Stunde für perfekte Arbeiter und von 2 Pf. für schwächere Kräfte vom 1. August 1903 ab zu bewilligen, welchen Vorschlag wir absolut nicht annehmen konnten, und als wir daraufhin den 1. Januar 1903 beantragten, wollten dieselben sofort als Gegenleistung die Accordarbeit wieder eingeführt wissen. Als wir uns nun dem Willen der Herren Arbeitgeber nicht fügten, brachen dieselben die Verhandlungen einfach ab.

Wenn wir diese Bedingungen annehmen sollten, so würde unsere Lohnbewegung keinen Fortschritt, sondern eine Niederlage bedeuten.

Das einzige Resultat, welches die Verhandlungen gezeitigt haben, ist, daß der Kampf auf beiden Seiten mit erhöhter Erbitterung geführt wird, trotzdem die nicht so gut situierten Firmen ihrem Ruin entgegengehen, wenn der Streik noch eine längere Ausdehnung gewinnt; aber um so energischer verlangen die größeren Firmen die Fortsetzung der Streikbewegung, und versuchen damit, erstens den Arbeiter zu zwingen, zu Krutze zu kriechen, und zweitens die kleineren Firmen aus der Welt zu schaffen.

Genossen! Helft uns, unsere Forderungen Geltung verschaffen, helft uns, durch eure thätigste Unterstützung den Feind, dem unsere fest gefügten Organisationen längst ein Dorn im Auge sind, besiegen, kommt in unsere öffentlichen Versammlungen, hört und seht die kampfbereite Stimmung der Kollegen, und ihr werdet mit Freude und Bemühtung sagen können, daß eure Unterstützung einer für ihre gerechte Sache kämpfenden, feststehenden Organisation zu teil geworden ist, getreu dem Wahspruch: „Einer für Alle, Alle für Einen.“ Die Lohnkommission.

Achtung, Klavierarbeiter, Tischler! Die Bodenmacher der Firma Forretier, Blumenstr. 88, sind sämtlich in den Streik eingetreten. Die Firma liefert die Böden für die Pianofabrik von Lehmann, Königsbergerstr. 8. Während es bisher bei Lehmann pro Stück 12 M. gab, sollen die Kollegen bei Forretier dieselben für 9,42 M. nach Einführung von Teilarbeit herstellen, was dieselben im Einverständnis mit den Arbeitern von Lehmann abgelehnt haben. Die Verhandlungen blieben erfolglos. Wir ersuchen den Jaguz streng fernzuhalten. Die Kommission des Fachvereins.

Deutsches Reich.
Zum Weberstreik in Meerane schreibt die Chemnitzer „Volkstimme“: In den letzten Tagen der vorigen Woche sind Einigungsverhandlungen angebahnt worden. Wir hoffen, daß dieselben bald zu einem Friedensschluß führen, an dem die Unternehmer sowohl wie die Arbeiter ein gleich großes Interesse haben.

Ein neuer Schattmacherverband hat sich kürzlich in Münster gebildet. „Schattmacherverband der Textilindustriellen des Münsterlandes“ ist sein Name, und seine Aufgabe: 1. Unberechtigten Forderungen der Arbeitnehmer, welche darauf gerichtet sind, die Arbeitsbedingungen einseitig voranzutreiben, gemeinsam entgegenzutreten, 2. Unbefugte Einmischung von Arbeiterverbänden in die Angelegenheiten der einzelnen Fabriken zurückzuweisen, 3. Geplante oder veranlagte Ausstände gemeinsam abzuwehren und in ihren Folgen unwirksam zu machen, 4. Streitfragen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in gerechter Weise zur Entscheidung zu bringen, dadurch den Frieden zwischen ihnen dauernd zu sichern und das Wohl der Arbeiter werthtätig zu fördern.

Mit andren Worten, aber durchaus zutreffend müssen die Absichten der Schattmacher so ausgedrückt werden: Entschiedene Zurückweisung jeder Forderung der Arbeiter, Bekämpfung ihrer Organisationen, Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer. Der Schattmacherverband ist also von unversähltem Scharfmachergeist besetzt, und die Arbeiter werden sich danach zu richten wissen.

Verfammlungen.

Verband der Möbelpolierer. Die Jahrestelle Berlin hielt am 20. d. M. ihre Generalversammlung ab. Nachdem der Vorstand und Kassenbericht erstattet war, referierte Schulz über den geplanten paritätischen Arbeitsnachweis. Er legte den von den Kommissionsmitgliedern ausgearbeiteten Vertragsentwurf vor. Die Generalversammlung lehnte denselben ab und beschloß:

Der Arbeitsnachweis unfres Verbandes, wie er jetzt ist, soll beibehalten werden, da er sich bisher sehr gut bewährt hat. Dies beweist am besten, daß wir in diesem Jahre 148 Adressen mehr vermittelt haben wie im vergangenen Jahre, trotzdem der Zunungsnachweis besteht. Ferner wurden folgende Entwürfe des Vorstandes angenommen: Die außerordentlichen Jahstage fallen fort, es findet von jetzt ab wieder alle 14 Tage Jahstage statt. Der Delegiertentag findet am 28. Dezember in Berlin statt. Auf diesem Delegiertentage haben die Bezirkleiter auch Sitz und Stimme.

Für Tempelhof, Mariendorf und Mariensfeld fand am 19. d. M. eine öffentliche Parteiverammlung bei Dittmann in Mariensfeld statt, in der Böble über den Parteitag und Frau Thiel über die Frauenkonferenz berichteten. Die Versammlung erklärte sich durch die Annahme einer Resolution mit den Beschlüssen des Parteitages und der Thätigkeit der Delegierten des Kreises einverstanden. Hierauf wurde die Lokalfrage für Tempelhof besprochen und beschlossen, die Sperre über das Gebrüder Lokal aufzuheben und nur das Gebrüder Lokal „Gasthof Stadt Dresden“ zu sperren.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Landtags-Wahlwahlen in Württemberg.
Stuttgart, 28. October. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Nachwahlen erhielten Stimmen im Amt Heilbronn: Schäffler (Soz.) 1600, Hegelmeier (Bauernbändler) 1100, Dagner (Vollpartei) 900. Somit Stichwahl zwischen Schäffler und Hegelmeier. In Waßlingen wurde der Bauernbändler Reichert gewählt mit 2079 Stimmen, während der Vollparteilerner Kercher 1882 und der Socialdemokrat Raitutat 178 Stimmen erhielt. In Ravensberg ging der Centrumsmann Schlichte mit 2775 Stimmen aus der Wahl hervor, während Kost (Wismajak) 840 und der Socialdemokrat Preshmar 178 Stimmen auf ihre Kandidatur vereinigten.

Abgeordnetenhaus.
Wien, 29. October. (W. Z. U.) In fortgesetzter Verhandlung der Dringlichkeitsanträge schildert Daszynski unter heftigen Ausfällen gegen die polnische Salachia die traurigen Verhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung Galiziens, welche von den Gütebesitzern ausgewandert, der Not und dem Elend preisgegeben, zur Auswanderung gezwungen werden und warnt vor der Entfaltung des Chawwinismus im Bauernlande, sowie vor der beabsichtigten Heranziehung fremder Hilfsarbeiter für die Ernte, wodurch der Bauernland zur Empörung gereizt würde. Redner tritt für die Entsendung einer parlamentarischen Kommission zur Prüfung der Verhältnisse in Galizien ein.

Ministerpräsident v. Aorber konstatiert, daß bei den Vorfällen in Galizien allerdings die Lohnfrage im Vordergrund gefunden habe, jedoch die politische Agitation sich durch Verbreitung von Drohschüren, deren Angaben trotz augenscheinlicher Unwahrheiten geglaubt wurden, bemerkbar machte, was der Bewegung einen kritischen Charakter verlieh. Zahlreiche Zusammenstöße, deren Verlauf stark übertrieben dargestellt wurde, hätten dem Streik den Charakter eines Boykotts verliehen. Der Ministerpräsident weist entschieden alle gegen die Angehörigen der Armee vorgebrachten Vorwürfe als unbegründet zurück, konstatiert, daß niemand getötet und die Zahl der Verwundungen sehr gering gewesen sei, und erklärt, daß die Haltung und Besonnenheit der Offizierskommandanten eine volle uneingeschränkte Anerkennung verdienen. (Weisfall.)

Die Herikale Frage.
Paris, 28. October. (W. Z. U.) Deputiertenkammer. Cha-millard richtet an die Regierung eine Interpellation betreffend die Schließung der Kongregationsschulen im Departement Finisère; er hält die Ansicht ausreicht, daß die Schließung dieser Schulen und die Anlegung der Sichel ungeschicklich seien. Bourgie tadelt die Regierung, weil sie den Gerichten die Kongregationsfrage entzogen habe. Ministerpräsident Combes legt dar, daß das Gesetz von 1901 die Regierung ermächtigt, die Kongregationsschulen zu schließen. Die Regierung habe hierbei Mäßigung angewandt; sie habe die notwendige Zeit gegeben, um die Genehmigung nachzusuchen. (Weisfall auf der linken.) Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Reichstag.

205. Sitzung, Dienstag, den 28. Oktober 1902, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky. Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird bei den Mindestzöllen für Rindfleisch mit der dazu gehörigen Position 102 des Zolltarifs fortgesetzt.

Abg. Graf Kanitz (L.):

Die Vorwürfe der Abgeordneten Veibel und Dr. Müller-Sagan gegen den Stand der Tierärzte sind durchaus unbegründet. In meiner langjährigen Praxis ist mir noch nicht ein einziger Fall passiert, wo ein Tierarzt sich durch seinen Kunden hat beeinflussen lassen.

In Berlin stehen die Fleischpreise im Durchschnitt um 3 M. pro Doppelcentner höher als im vorigen Jahre. Das ist keine so exorbitante Steigerung, daß sie ein solches Gefühl rechtfertigt. (Sehr richtig! rechts.) In der That sind lediglich die Maschinen der Viehzüchter zur Abschaffung der Kreis-Tierärzte dringend anzusetzen. (Sehr richtig! rechts.) In Breslau haben aber die freisinnigen Stadtverordneten den socialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Schlachtsteuer abgelehnt. (Hört! hört! rechts.)

Was die von der Kommission vorgeschlagene Zollfrage anlangt, so haben allerdings Frankreich und einige andre Länder noch niedrigere Zölle. Aber in diesen Ländern wird auch das Vieh durch eine Zollhebung stark empfinden. Amerika hat mehr als doppelt so hohe Viehzölle, als die Kommission sie jetzt vorschlägt.

Abg. Depken (link.):

Die Notwendigkeit der Mindestzölle für Vieh ist bisher noch von keinem Redner nachgewiesen worden. Wir können eine solche Notwendigkeit nicht anerkennen. Die Zollfrage der Regierungsvorlage sind vollkommen ausreichend. Von den Fleischzöllen haben zum großen Teil die Kleinrentner Vorteil, da besonders diese Viehzüchter betreiben.

Abg. Dr. Juid (fr. Sp.):

Wir sind mit dem Grafen Kanitz durchaus der Meinung, daß da, wo wirkliche Seuchengefahr vorliegt, die Grenze gesperrt werden muß, wo aber die Grenzbezirke hauptsächlich seuchenfrei sind, muß die Kontrolle auch weniger rigoros gehandhabt werden. Das ist die Forderung: billiges Fleisch, billiges Brot und höhere Löhne nicht so bald erfüllt werden kann, gehen wir zu. Um sie aber der Verwirklichung näher zu führen, brauchen wir günstige Handelsverträge.

aus nicht als stichhaltig gelten. Auch das Experiment mit dem berühmten „Sodahand“, dem man täglich 8 Gramm Soda und 10 Gramm Salpeter gab, kann keinen wissenschaftlichen Wert beanspruchen. Das durch das Vorläureverbot die Einfuhr ausländischen Fleisches vollständig unterbunden wird, unterliegt keinem Zweifel.

Abg. Segin (Soz.):

Die Verteidiger des Zolltarifs kommen von den verschiedensten Auffassungen aus, alle zum gleichen Resultat, daß die Zölle erhöht werden müssen. So hat Herr Depken behauptet, die Landwirtschaft stehe auf der Höhe der Zeit, während Herr Dr. Veder von einem solchen Tiefstand der Landwirtschaft in den Rheinländern sprach, daß sie sich kaum mit 0,4 Proz. verzeihe. Graf Kanitz machte sich die Beweisführung dafür, daß die preussischen Kreis-Tierärzte nicht abhängig von den Agrariern seien, sehr leicht. Diese Abhängigkeit besteht, auch wenn dem Grafen Kanitz keine derartigen Fälle zu Gehör gekommen sind.

Wegen dieser Stellung aber sucht man uns als Feinde der Landwirtschaft hinzustellen, ebenso wie Dr. Heim und wegen unserer Bestimmung der Erhöhung des Grenzschutzes als Vertreter der Großrentner hinzustellen möchte. Wir haben aber die hohen Grenzschutze gerade im Interesse der Kleinrentner beschützt. Die rechte Seite aber bezeichnet uns wegen unserer Zollgegnerhaft als Feinde der Monarchie, des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft.

Dr. Windhorst, Dr. Jäger u. a. sich gegen Zollserhöhungen auf Lebensmittel auszusprechen. Inzwischen wird im weiteren Verlauf der Verhandlungen sich noch Gelegenheit genug bieten, die Zölle des Centrums genügend zu charakterisieren. Die immer höher gestiegenen Forderungen der Agrarier sind bei der schwächlichen Haltung der Regierung nur zu begründlich. Die Rechte wird ja von der Regierung mit Wohlthaten geradezu überhäuft. Die Herren glauben eben von dieser Regierung und von dem modernen Staat alles fordern zu können. Der neue Zolltarif soll nur diese Politik der Wohlthaten im größten Maßstabe fortsetzen.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Geschichte der Sittenpolizei. Vor dem Schöffengericht in Kiel hatte sich, wie unser dortiges Parteiblatt berichtet, ein Mädchen wegen groben Unfugs und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Bei der Heimkehr aus einer Gesellschaft am Abend des 4. Juni war die Angeklagte mit einem Herrn in Streit geraten und dabei etwas zu laut geworden. Ein hinzukommender Schuhmann sah sich ohne weiteres veranlaßt, das Mädchen zu verhaften. Da der Schuhmann dabei, nach Angabe von Augenzeugen, sehr schroff vorging, ist es wohl begreiflich, daß das Mädchen nicht allzuwillig Folge leistete.

Saundmädchen in Dienst. Damit war aber die königliche Polizei in Kiel keineswegs einverstanden. Hinter dem Mädchen wurde ein Haftbefehl erlassen. In Elmshorn wurde es einfach aus dem Dienst gerissen, dann nach Kiel übergeführt und wie eine Prostituierte behandelt. Nachdem die Bedauernswerte zuerst im städtischen Krankenhause zur Untersuchung einige Zeit untergebracht worden, erfolgte ihre Ueberführung in Unterhofsgehaft.

Für alle diese Maßnahmen vermochte der als Zeuge geladene Schutzmann in der Gerichtsverhandlung auch nicht einen im entferntesten ausreichenden Grund anzugeben. Es ergab sich zwar, daß das Mädchen einige Liebschaften gehabt hatte, dagegen konnte absolut nicht nachgewiesen werden, daß es sich der gewerbemäßigen Unzucht schuldig gemacht hätte. Die angestellten Ermittlungen gaben dafür auch nicht den geringsten Anhalt. Amtsrichter v. Opel bezeichnete das Vorgehen der Sittenpolizei geradezu unerhört und standalös. Ohne jede Berechtigung und ohne jeglichen gesetzlichen Grund werde ein Mädchen unter Kontrolle gestellt und damit aus der Reihe der anständigen Frauen ausgeschrien. Ein solches Vorgehen sei aufs Schärfste zu rügen.

Die Angeklagte wurde zwar wegen Unfugs und Widerstandes zu einer Geldbuße verurteilt. Diese gilt jedoch durch die lange Haft als kompensiert.

Ein Arbeitermenschungs-Gesetz ist jetzt im schweizerischen Kanton Aargau geschaffen worden. Das Gesetz gilt für alle gewerblichen Betriebe, in denen eine oder mehrere weibliche Personen gegen Lohn oder zur Erlernung eines Berufes arbeiten, auch wenn sie Stoff und

Logis im Hause des Unternehmers haben. Mädchen im schulpflichtigen Alter dürfen weder als Arbeiterinnen noch als Lehrtöchter angestellt werden. Die tägliche Arbeitszeit beträgt zehn, an den Vorabenden vor Sonn- und Festtagen neun Stunden. Die Arbeitszeit muß in die Tagesstunden von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends fallen. Um die Mitte der Arbeitszeit muß eine Pause von mindestens einer Stunde eintreten; Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, sind eine halbe Stunde vor der Mittagspause und an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen um 4 Uhr nachmittags zu entlassen. Ruhepausen dürfen von der Arbeitszeit nur insoweit abgerechnet werden, als den Arbeiterinnen gestattet ist, während derselben die Arbeitsräume zu verlassen. Unterrichtsstunden sind im Maximalarbeitszeit einbezogen und es darf hierfür kein Abzug gemacht werden. Die Arbeit an Sonn- und Festtagen ist untersagt. Ferner ist verboten, den Arbeiterinnen über die gesetzliche Arbeitszeit im Geschäft hinaus noch weitere Arbeit mit nach Hause zu geben. Wöchnerinnen dürfen vom Zeitpunkt ihrer Niederkunft an während vier Wochen im Betriebe nicht wieder beschäftigt werden. Sie können auch bis zu sechs Wochen von der Arbeit wegbleiben. Hochschwängere Arbeiterinnen können jeder Zeit auf bloße Anmeldung hin von der Arbeit wegbleiben. Die Lohnzahlung hat mindestens alle 14 Tage zu erfolgen, der Zahlung soll nicht der Sonnabend sein. Lohnabzüge für Miete, Reinigung, Heizung oder Beleuchtung des Lokals sowie für Miete und Abnutzung der Werkzeuge sind untersagt. Arbeitsmaterial darf nicht höher als zum Selbstkostenpreise verrechnet werden. Lohnkautions darf nur bis zur Hälfte des durchschnittlichen Wochenlohnes zurück-

behalten werden. Eine Herabsetzung des Lohnes ist der Arbeiterin rechtzeitig anzuzeigen, daß es ihr möglich ist, die Stelle zu kündigen, ohne von der Reduktion betroffen zu sein. Für die bis zu zwei Stunden zulässige Ueberzeitarbeit ist ein Lohnzuschlag von mindestens 25 Proz. des gewöhnlichen Lohnes zu bezahlen.

Die weiblichen Angestellten in den Ladengeschäften sollen mindestens 10 Stunden Nachruhe haben, ferner ist ihnen Sitzgelegenheit zu bieten. Dem Wirtschaftspersonal ist eine Nachruhe von mindestens 8 Stunden zu gewähren. Die weiblichen Angestellten in Laden- und Wirtschaften sollen jeden Monat einen freien Sonntag haben und außerdem einen Sonntag zum Besuche des Gottesdienstes, außerdem ist jede Woche ein halber Tag freizugeben.

Außer dem eidgenössischen Fabrikgesetz bestehen nun kantonale Gesetze zum Schutze der Arbeiterinnen, Ladnerinnen, des Wirtschaftspersonals und der Lehrlinge in den Kantonen Basel, Zürich, St. Gallen, Glarus, Luzern, Genéve, Solothurn, Neuchâtel, Vaud und Freiburg. Fern wird sich nächstens anreihen.

Arbeiterinnen und Arbeiter. Heute abend öffentlicher Vortrag des Genossen Arthur Stadthagen in den Arminhallen. Es wird eine zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Vertrauensperson.

Briefkasten der Redaktion.

A. J. Gablons. Die Frau mußte bei dem Landgericht des Wohnortes ihres Mannes (also in Deutschland) auf Scheidung klagen. Die Klage ist nur durch einen bei dem Landgericht zuständigen Rechtsanwalt anzufordern. Nach erfolgter Trennung der Ehe kann die Frau heiraten, wenn sie will, wenn er sie will. Die deutschen, nicht die österreichischen Gesetze treffen auf Ihren Fall zu. — **W. W. d.** Ober-Schönweide. Sie sind im Recht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 29. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Théâtre paré. Carmen. Schauspielhaus. La Dame aux Camélias.
Neues Opern-Theater. (Stoll.) Im bunten Rod.
Deutsches. Wonna Wonna. Berliner. Wienerinnen. Festung. Das Theaterdorf.
Anfang 8 Uhr: Die Kleinbürger.
Neues. Poetie.
Reichens. Seine Kammerjose. **Weihen.** Die Fledermaus. **Thalia.** Charles Tante. Vorher: Gaisa Pascha.
Anfang 8 Uhr:
Central. Die Fledermaus. **Schiller.** O. (Wallner-Theater.) Der Biberpelz.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelm-Häufliches Theater.) Der Herr Senator.
Carl Weiß. Die Hölzer. **Luisen.** Der Stabscompeter. **Casino.** Champagnier. — Ein Sohn des Volkes. Spezialitäten. **Kleines.** Katermann. **Wilhelm.** Der Goldonkel. **Buntes Theater.** Lächler zu verheiraten. Der Hund. Sinter Zeit. Ling Senders.
Metropol. Berlin bleibt Berlin. **Trianon.** Die Liebeshauekel. (La Basoule). **Apollo.** Lysistrata. Spezialitäten. **Wintergarten.** Spezialitäten. **Passage-Theater.** Spezialitäten. **Passage-Panoptikum.** Spezialitäten. **Palast.** Berliner in Steglitz. **Steidl.** Spezialitäten. **Reichshallen.** Stettiner Sängler. **Urania.** Tausendstr. 48/49. **Im Hölzchen.** Dr. E. Deckert: Die Vulkan-ausbrüche von Martinique und St. Vincent.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Dr. E. Deckert: Die Vulkan-ausbrüche von Martinique und St. Vincent.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.
Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 8 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Tägliche geöffnet von 7-11 Uhr.

Mellinis dunkl. Geheimnis.

La Dalys englische Boxerinnen.
Georgette Langée, Excentric-Tänzerin.
14 erstklassige Nummern.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.
Hochaktuelle Neuheit!!
Ein „Boeren-Museum“
(Waffen, Kriegsbeute, Briefe, Dokumente, Handarbeiten gefangener Boeren etc. etc.) Größte Sehenswürdigkeit der Jetztzeit!!

Buntes Theater

(Ueberbrett.)
Anfang 8 Uhr. Köpenickerstrasse 68.
Lächler zu verheiraten.
Der Hund. — Sinter Zeit.
Wiederauftreten **TINY SENDERS**, von Bozona Bradsky, Marcell Salzer, Bokken-Lassen.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeshauekel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Zum erstmalig:
Ackermann.
Eine tragische Komödie in 3 Akten.

Wintergarten

Griffin und Dubois. Excentrics. Duncan's gross. schatt. Schifferhunde. „In den Alpen“, Tanzdivertissement.
Elise de Vere, Soubrette.
Los Floridos, Spanische Tänzerinnen. Die 2 Freyden, „Professor u. Schüler“. Die Tourbillon-Truppe, Radfahrer. Sisters Carey's dressierte Papageien.
Carl Maxstadt, Humorist.
Eiane de Vries, Pariser Soubrette.
Kara, Meister-Jongleur.
Eucie Krall, Sängerin.
„Der Schönheitspreis“, divers. „Biograph“. (tissement).

Sanssouci

Kottbuserstr. 1a.
Station der Hochbahn.
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängler
Nach jeder Vorstellung **Tanzkränzchen.**
Entrée: Sonntags 50 Pf., Speerich 75 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf., Wochentags 30 Pf., Speerich 50 Pf., ab 9 Uhr: 20 Pf.

W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Das Käthchen von Heilbronn.
Mittwoch, den 29. Oktober 1902:
Eva.
Schauspiel in 5 Akten von Rich. Vogt.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Bernhard Rose-Theater.

Währ. 58.
Mittwoch, den 29. Oktober 1902:
Eva.
Schauspiel in 5 Akten von Rich. Vogt.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sängler.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11-1 1/2 Uhr.

Cirkus Busch.

Mittwoch, 29. Okt., abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey.
Grosse Ausstattungs-Pantomime. Besonders hervorzuheben: Die Elefantenjagd im Urwald.

Dichter- und Liederdichter-Abende

Dorotheenstrasse 13/14.
Mittwoch Sonntag: 103/3

Heine-Abend.

Mitwirkende: Alwine Wiecke, Betsy Schol, Philipp Spandow u. a.
Billets à 50 Pf. mit Garderobe und Programm i. d. Buchhandlung Kantorowicz, Potsdamerstr. 135; Freund, Kleiststr. 21; Challiers Buchhandl., Seufstr. 10; Winckelmann, Marzigrabenstr. 43/44; Herrmann u. Co., Neue Fremdenb. 5.

Palast-Theater

Direktion: Richard Winkler.
Nur noch kurze Zeit!
9 Uhr: **Berliner in Steglitz.**
Gr. Kunst-Darstellung mit Ges. u. Tanz.
Im bunten Teil: Willi u. Rosita Sands, Sportall. Sisters Laurence, Dreher-All. Mr. Atlas, die schonende Hüllengel. Brothers Gauda, Kraft-All. Benedetti, Universal-Virtist. Huo und Mae, Transformationskünstler. Fritz Brand, Humorist. Elise Gebhardt, Vortrags-Soubrette. — Entrée 30 Pf.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Metropol-Theater.

Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Erik Meyer-Helmund.
Emil Thomas u. G. Josef Josephi, Henry Bender, Flora Sidling, Hans Reichsberg, Wini Grabitz, Johanna Junker-Schatz. — Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandantenstrasse 77/79.
Täglich:
Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Jed. Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend nach der Vorstellung:
Grosses Familien-Tanzkränzchen.
Jeden Sonntag von 12-2 Uhr **Matinee** bei freiem Entree.

W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Das Käthchen von Heilbronn.
Mittwoch, den 29. Oktober 1902:
Eva.
Schauspiel in 5 Akten von Rich. Vogt.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Bernhard Rose-Theater.

Währ. 58.
Mittwoch, den 29. Oktober 1902:
Eva.
Schauspiel in 5 Akten von Rich. Vogt.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sängler.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11-1 1/2 Uhr.

Cirkus Busch.

Mittwoch, 29. Okt., abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey.
Grosse Ausstattungs-Pantomime. Besonders hervorzuheben: Die Elefantenjagd im Urwald.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch abends 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Eine Diebstahlskomödie von Gerhard Hauptmann.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Doktor Klans.
Freitag abends 8 Uhr:
Esther.
Hierauf: **Zwei Eisen im Feuer.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilhelm-Häufliches Theater).
Mittwoch abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schöthan und Gustav Radelburg.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Freitag abends 8 Uhr:
Der Biberpelz.

Arnold Scholz Germania-Prachtsäle

Chausseestr. 103.
Jeden Mittwoch und Sonntag:
Hamburger Sängler.
Direktion Otto Steidl und With. Wolf.
Neu! Die lustigen Weiber von Strafan.
Humoristisches Gemischspiel von With. Wolf.
Anf. 8 Uhr. Dons gelten. Eintritt 20 Pf.
Jeden Donnerstag: **Bergter-Konzert** und Familien-Kränzchen.
Jeden Sonntag von 5 Uhr ab: **Großer Ball.**
8 große und kleine Säle unter coulantem Bedingungen zu vergeben. 50822*

Buggenhagen

am Moritzplatz.
Sente Mittwoch:
Militär-Konzert
3. Garde-Regim. zu Fuß (Dir. Goerlich).
Im Kaiser-Saal:
Bückeberger Sängler.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:
Die brillanten Spezialitäten.
Um 9 Uhr: Nur noch wenige Tage!
Zum 212. Male:
Lysistrata
Operette von Paul Lincke.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Cirkus Schumann

Mittwoch, 29. Oktober, 7 1/2 Uhr:
Zum 7. Male:
Die lustigen Heidelberger.
Grosse Ausstattungs-Pantomime mit überraschenden Wasser-Effekten
in 3 Abteilungen von Aug. Siems, Hofballmeister; inszeniert vom Direktor A. Schumann.
Vorher: Glänzendes Programm:
Direktor A. Schumann mit seinen neuesten Creationen.
Vorletztes Auftreten der **25 Geretteten von Martinique.**

Vorurteilsfrei

möge das laufende Publikum unser Angebot lesen und durch einen Versuch die Wahrheit

unser Offerte prüfen. Nicht immer trägt der hohe Preis für unbedingte Reue und ebensovienig ist bei einem billigen Preise immer ein minderwertiges Fabrikat zu erwarten. Durch unsere Beziehungen zu den bedeutendsten Tuch-Fabriken und infolge der durch unsre kolossalen Umsätze bedingten höchsten Vorteile, ferner durch unsre hinreichenden Maschinen und schließlich durch richtige Arbeitseinteilung sind wir in den Stand gesetzt, für billiges Geld vornehme Herren-Garderobe zu liefern. Die Vorteile nachstehender Offerte sind nur dann erklärlich, wenn man unsre Fabrikate in Augenschein nimmt. Wir offerieren unsren in kürzester Zeit so beliebt gewordenen Paletot

Treffer
in dunkelgrauer Ravensgrün-Farbe, bestehend aus welchem, sein meistem Oberstoff mit gutem Woll- oder gestepptem Atlas-Futter, ein- und zweifach mit Sammetkragen, die Ärmel zweifach gesteppt, für jede Figur, normal oder anormal passend, in Verarbeitung II zum Preise von Mk. 18,—.
Derselbe Paletot mit extra schwarzem Wollfutter in Verarbeitung I, Ueberzieher nach Maß ersendend, zum Preise von Mk. 28,—.
Ferner offerieren wir **500 Gehrock-Anzüge „Aristokrat“.** Dieser wirklich vornehme Anzug, dessen Schnitt und Ausstattung vollendet ist, besteht aus einem höchsten Tuchstoff und ist in Verarbeitung II zum Preise von Mk. 27,—; derselbe Anzug in Verarbeitung I mit Wolle-Serge abgefüttert, tadelloste Arbeit, Maß ersendend, Mk. 26,—.
Die Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen sichtbar und streng fest. Ueberverteilung ausgeschlossen. Garantie für tadelloste Arbeit. Höchste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation im größten Maßstabe.
Deutsche Compagnie, Heitinger & Co.,
Oranienstr. 40/41. 53682*

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch abends 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Eine Diebstahlskomödie von Gerhard Hauptmann.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Doktor Klans.
Freitag abends 8 Uhr:
Esther.
Hierauf: **Zwei Eisen im Feuer.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilhelm-Häufliches Theater).
Mittwoch abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schöthan und Gustav Radelburg.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Freitag abends 8 Uhr:
Der Biberpelz.

Arnold Scholz Germania-Prachtsäle

Chausseestr. 103.
Jeden Mittwoch und Sonntag:
Hamburger Sängler.
Direktion Otto Steidl und With. Wolf.
Neu! Die lustigen Weiber von Strafan.
Humoristisches Gemischspiel von With. Wolf.
Anf. 8 Uhr. Dons gelten. Eintritt 20 Pf.
Jeden Donnerstag: **Bergter-Konzert** und Familien-Kränzchen.
Jeden Sonntag von 5 Uhr ab: **Großer Ball.**
8 große und kleine Säle unter coulantem Bedingungen zu vergeben. 50822*

Buggenhagen

am Moritzplatz.
Sente Mittwoch:
Militär-Konzert
3. Garde-Regim. zu Fuß (Dir. Goerlich).
Im Kaiser-Saal:
Bückeberger Sängler.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:
Die brillanten Spezialitäten.
Um 9 Uhr: Nur noch wenige Tage!
Zum 212. Male:
Lysistrata
Operette von Paul Lincke.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Cirkus Schumann

Mittwoch, 29. Oktober, 7 1/2 Uhr:
Zum 7. Male:
Die lustigen Heidelberger.
Grosse Ausstattungs-Pantomime mit überraschenden Wasser-Effekten
in 3 Abteilungen von Aug. Siems, Hofballmeister; inszeniert vom Direktor A. Schumann.
Vorher: Glänzendes Programm:
Direktor A. Schumann mit seinen neuesten Creationen.
Vorletztes Auftreten der **25 Geretteten von Martinique.**

Vorurteilsfrei

möge das laufende Publikum unser Angebot lesen und durch einen Versuch die Wahrheit

unser Offerte prüfen. Nicht immer trägt der hohe Preis für unbedingte Reue und ebensovienig ist bei einem billigen Preise immer ein minderwertiges Fabrikat zu erwarten. Durch unsere Beziehungen zu den bedeutendsten Tuch-Fabriken und infolge der durch unsre kolossalen Umsätze bedingten höchsten Vorteile, ferner durch unsre hinreichenden Maschinen und schließlich durch richtige Arbeitseinteilung sind wir in den Stand gesetzt, für billiges Geld vornehme Herren-Garderobe zu liefern. Die Vorteile nachstehender Offerte sind nur dann erklärlich, wenn man unsre Fabrikate in Augenschein nimmt. Wir offerieren unsren in kürzester Zeit so beliebt gewordenen Paletot

Treffer
in dunkelgrauer Ravensgrün-Farbe, bestehend aus welchem, sein meistem Oberstoff mit gutem Woll- oder gestepptem Atlas-Futter, ein- und zweifach mit Sammetkragen, die Ärmel zweifach gesteppt, für jede Figur, normal oder anormal passend, in Verarbeitung II zum Preise von Mk. 18,—.
Derselbe Paletot mit extra schwarzem Wollfutter in Verarbeitung I, Ueberzieher nach Maß ersendend, zum Preise von Mk. 28,—.
Ferner offerieren wir **500 Gehrock-Anzüge „Aristokrat“.** Dieser wirklich vornehme Anzug, dessen Schnitt und Ausstattung vollendet ist, besteht aus einem höchsten Tuchstoff und ist in Verarbeitung II zum Preise von Mk. 27,—; derselbe Anzug in Verarbeitung I mit Wolle-Serge abgefüttert, tadelloste Arbeit, Maß ersendend, Mk. 26,—.
Die Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen sichtbar und streng fest. Ueberverteilung ausgeschlossen. Garantie für tadelloste Arbeit. Höchste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation im größten Maßstabe.
Deutsche Compagnie, Heitinger & Co.,
Oranienstr. 40/41. 53682*

Allen Freunden und Bekannten

zur Nachricht, daß mein Mann **Emil Jacob,** Tischler in Lichtenberg, zur Zeit in der Landes-Veranstaltung zu Neu-Ruppin, am 25. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 30. d. M., auf dem neuen Friedhof in Lichtenberg, Striegweg, nachmittags 4 Uhr statt. Die trauernde Witwe.

Allen Freunden und Bekannten meines Mannes, sowie dem Metallarbeiter-Verein für die Teilnahme bei der Beerdigung und für die Kräftigung herzlichsten Dank.
Franz Madate nebst Kindern.

Casino-Theater

Reichinger-Strasse 57.
Ein Sohn des Volkes.
Anfang: Wochent. 8, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.

In der Seebäderstraße 5.
Größtes Vergnügungslokal Berlins.
Internationale Konzerte von 5 Künstler-Kapellen.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Täglich Refinee von 12-2 Uhr.

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10
über: Segen, unheilbare Männerleiden.
Mittwoch, den 29. Oktober, abends 7 1/2 Uhr.
In Gehr. Cranz Festsaal, Köpenickerstr. 8.
Eintritt frei! Nur für Herren!

Ziehung 12. u. 13. November

zu Berlin, im Kaiserhof
Berliner Loose u. A.
6. techn. Commission 1 Trabrennen.
11 Loose 10 A, Paris u. Liste 20 A im Gesamt-
6039 Gewinne Wertes von A

100000

Der Verkauf der Gewinnspiele wird mit 70 s. d. angegeb. Werthes garantiert.

1 à 10000
1 à 6000
1 à 5000
1 à 4000

2 à 3000 = 6000
5 à 2000 = 10000
6 à 1500 = 9000
2 à 1000 = 2000
20 Fahrräder = 4000
6000 à 15. 10. 44000

Loose versendet der General-Debit:
Lud. Müller & Co.,
Berlin C., Breitestr. 5.
Telegr.-Adr. MüllersLud.

Dr. med. Schlesinger

Arzt f. physikalisch-diätetisches Heilverfahren
behandelt m. nachweisl. gut. Erf.
Haut-, Harn-, Blasen- u. Frauenleiden.
Sprecher: 2-31 d. Licht-Bellinstraße, Neuhaldener-
Theatergebäude, Berlin-Str. 125. Die Direkt.
Hl. Kuba u. E. Schulze.

II. Wahlkreis.

Am Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
in Habels Ausschank, Bergmannstraße 57:

General-Versammlung

des Socialdemokr. Wahlvereins für den II. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

III. u. IV. Wahlkreis (Südost)

Wähler des II. Kommunahl-Wahlbezirks.

Donnerstag, den 30. Oktober 1902, abends 8 Uhr:

Volks-Versammlung

im Lokal von Graumann, Naunynstr. 27.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtoberordneten Dr. Alfred Bernstein über: Die Berliner Kommunalverwaltung. 2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Wahlkomitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Kombinierte Sitzung

der Werkstatt-Kontrollkommission und der Ortsverwaltung.

Socialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Reichenhäger Hof, Reichenhägerstr. 11-12.

Tages-Ordnung:
1. Vorstands-, Kassen- und Revisionsbericht. 2. Bericht der Vertrauensleute, Werk-, Lokal- und Agitationskommission. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes und der Revisoren. 4. Vereins- und Partei-Angelegenheiten. 5. Verschiedenes.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt Pflicht.
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Gebr. Kranz' Festsäle

Köllnerstrasse 8. Köllnerstrasse 8.

Wir empfehlen den geehrten Vereinen und Gewerkschaften unsere täglich renovierten und hochlegant ausgestatteten **Prachtsäle** mit neuer Theaterbühne, 300 bis 1900 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und Versammlungen.
Es sind noch einige **Sonnabende** im Januar, Februar und März sowie der **Feiertag** zu vergeben, desgleichen sind noch der **1. und 2. Weihnachtstag** zu Ratineen frei.
54832* Hochachtungsvoll **Gebr. Kranz.**

Bauarbeiter Berlins und Umgegend.

Wir geben hiermit bekannt, daß am

Donnerstag, den 16. Oktober 1902,

die Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend

in den Streik

getreten sind.

Jeder Rohrleger und Helfer, welcher zu neuen Bedingungen arbeitet, hat eine vom Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgestellte Legitimationskarte erhalten.

Wir ersuchen alle Rohrleger, Helfer, Kupferschmiede, Klempner usw., welche Rohrlegerarbeiten machen, von unserem Streik zu benachrichtigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Berlin). J. N.: Carl Wiefenthal.

Buchhandlung „Vorwärts“

SW., Lindenstraße 69.

Neu-Erscheinungen:

Münchener Parteitags - Protokoll, broschiert 60 Pf., gebunden 90 Pf.
Arbeiter - Notizkalender 1903, 60 Pf.
Neues Weltkalender 1903, 40 Pf.
Kautsky, Soziale Revolution:

I. Sozialreform und soziale Revolution, 40 Pf.
II. Am Tage nach der sozialen Revolution, 30 Pf.

Mehring, Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, Band III, broschiert 7 Mk., gebunden 8,50 Mk.

Letzteres Werk, bestehend aus 4 Bänden, liegt nunmehr komplett vor. Preis für alle vier Bände: broschiert 25 Mk., gebunden 31 Mk.

40962*

Gardinen

Reinheits-, Seceffions- und Jugendstil, circa 250 Muster. Katalog (450 Illustrat.) gratis und franco.

Emil Lefevre, Berlin S., 158, Oranienstr.

Reste

zur Damen-Mantel-Konfektion und Kindergarderobe. Futterseiden, Besatzartikel fertige Mäntel in grosser Auswahl zu bill. Pr.

C. Pelz,
4. Kottbuser-Strasse 4.

Centralverband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin.

Donnerstag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen, Köpenickerstr. 29:

Ausserordentliche Generalversammlung

aller zum Lohngebiete Berlin und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen der Maurer, sowie der Sektionen der Putzer, Rabiputzer und Cementierer.

Tagesordnung: Die Voranfrage in der letzten Generalversammlung und die event. Neuwahl der Verbandsleitung.
Das Mitgliedsbuch legitimiert - ohne Buch kein Eintritt.
Der Zweigvereins-Vorstand. J. N.: Karl Panzer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.

Donnerstag, den 30. Oktober 1902, abends 8 Uhr,

Allgemeine Versammlung

Rohrleger und Helfer

Berlins und Umgegend

im Lokal der Branerei Friedrichshain (vormals Pipp).

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lokalkommission über den Stand unseres Streiks. 2. Die Antwort der Berliner Rohrleger und Helfer auf die Vermutung der Unternehmer.

Sämtliche Unternehmer unseres Berufes sind hiermit zu dieser Versammlung eingeladen. Wir garantieren volle Redefreiheit.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen und ihrer Frauen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bauanschläger. Achtung!

Verband der Bauanschläger Deutschlands.
Mittwoch, den 29. Oktober 1902, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstraße Nr. 3:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verhandlungsangelegenheiten. (Abstimmung über die eingelegten Anträge.) 3. Wahl des stellvertretenden Sekretärs. 4. Verschiedenes.
Wegen Ausgabe der Statuten ist die Mitgliedskarte mitzubringen.
Der Vorstand.

festen Preise.

Julius Lindenbaum

Frankfurter Strasse 141

Eckhaus der Frucht-Strasse

Gegründet 1879.

Anerkannt grösstes Etablissement der Bezirke Ost, Nord-Ost, und Süd-Ost für bessere, tadelloso gearbeitete

Herren- und Knaben-Garderoben.

Grösste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation.

Winter-Paletots

Winter-Joppen

Elegante Anzüge.

Spezialität: Maass-Anfertigung.

festen Preise.

Maass-Anzüge mit Anprobe

zu 24 und 30 Mark.

Winter-Paletots nach Maass 28 u. 32 M.

fertige unter Garantie des tadelloosen Sitzens aus nur besten, modernsten Stoffen an.

Rothmanns Restler-Handlung Engros

Krautstr. 1, II Tr. Chausseestr. 43, I Tr.
am Strausberger Platz. Bitte genau auf Hausnummer zu achten.



Anker-Brikets

sind aus reiner Braunkohle hergestellt, daher der hohe Nutzeffekt.

Möbel

gegen Cassa und Teilzahlung in der Fabrik

H. Roggensack,

Inh.: Paul Kraatz,

N., Ruppinerstraße 5.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Hermann Arnhold,
Fabrik für Beleuchtungsgegenstände aller Art.
110 Alexandrinenstr. 110 (Messpalast).
Ganze Einrichtungen 2 Zimmer - Küche von Mk. 12.50 bis 50.- bis zum elegantesten Genre in modernstem Stil. Auf Wunsch auch Teilzahlung. Petroleumgehänge wie Gaskocher in grosser Auswahl, 2 Loch von 4 Mk. an. Aufhängen alt. Kronen etc. Uebernahme v. Umzügen u. Reparatur. Gasrohrlegung. Stark- u. Schwachstrom-Anlagen. Geschäftsschluss 8 Uhr abends.

Roh-Tabak.
Grösste Auswahl, billigste Preise.
Edmund Lindenstädt, Brunnen-Strasse 16.

Dr. Simmel, Str. 41.
Spezialarzt für Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Meissener Geld-Lotterie

zur Erinnerung d. Domes in Meissen.
13 181 Geldgewinne harr ohne jeden Abzug zahlbar von Mark

375000
Hauptgewinn: 375 000 Mark

100000

60000

40000

etc. etc. etc.
Originallosse 3 Mark.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Berliner Loose
der techn. Commission I. Traubmann
1 Mk. 11 Loose 10 Mk.
(Porto und Liste 20 Pf.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.
Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 181.

Filialen: [5477L*]
NW., Wilsnackerstr. 63.
O., Andreasstr. 46a.
SO., Oranienstr. 177.

Anzüge nach Maß für Herren- und Knaben

Grösste Auswahl in in u. ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinleiber etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Aufgeschnitt bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Teilzahlung

monatlich 10 M., liefert elegante Herren-Garderobe nach Maß. Bar-Kasse allerbilligste Preise. Wer selbst Stoff hat, fertige Anzüge, Paletots nach Maß von 20 Mark an.
Tomprowski, Schneidermeister,
Prinzenstr. 55, 100
Ede Dresdenstraße.

Damen-Konfektion

direkt aus der Fabrik.

Kein Laden!

Seht nach bei jeder Engros-Saison:

Einzelverkauf

Engrospreisen:

Capes,

Paletots,

Jackets,

Abend-

Mäntel.

Kinder-Jackets

in großer Auswahl.

Robert Baumgarten

Damen- und Kinder-

mäntel-Fabrik

Hausvogelplatz 11, 2. Et.

(Weg der Zeughausstrasse.)

Auch Sonntag geöffnet.

9. Ziehung 4. Klasse 207. Nat. Preuss. Lotterie.

9. Ziehung vom 28. Oktober 1902, nachmittags. Aus der Ururne über 232 Zyt. Aus den beiziehenden Nummern in Klammern beigefügt. (Oben Gewinne.) Nachdruck verboten.

9. Ziehung 4. Klasse 207. Nat. Preuss. Lotterie.

9. Ziehung vom 28. Oktober 1902, nachmittags. Aus der Ururne über 232 Zyt. Aus den beiziehenden Nummern in Klammern beigefügt. (Oben Gewinne.) Nachdruck verboten.

9. Ziehung 4. Klasse 207. Nat. Preuss. Lotterie.

9. Ziehung vom 28. Oktober 1902, nachmittags. Aus der Ururne über 232 Zyt. Aus den beiziehenden Nummern in Klammern beigefügt. (Oben Gewinne.) Nachdruck verboten.

9. Ziehung 4. Klasse 207. Nat. Preuss. Lotterie.

9. Ziehung vom 28. Oktober 1902, nachmittags. Aus der Ururne über 232 Zyt. Aus den beiziehenden Nummern in Klammern beigefügt. (Oben Gewinne.) Nachdruck verboten.

Verkäufe. Glaserei, gute, fränkisch-fränkischer... Kleider, Voratz, guter Boden... Gardinenhaus, große Franfurterstraße 9, barriere.

Nahmaschinen, gebrauchte, fränkisch-fränkischer... Pianino, sofort veräußert, Ritterstraße 120, I. Teppiche, Seiten, Teppiche, Gardinen, Spielzeug, Regulatorien...

Zahl, Verleumdungen, Verleumdungen und Ertragungen... Möblierte Schlafstelle, Zimmer, Dresdenerstraße 131, Kottbulerhof.

Arbeitsmarkt, Stellengesuche, Kleineres Zimmer, Zimmer, Möbliertes Zimmer, Zimmer, Kleineres Zimmer, Zimmer, Kleineres Zimmer, Zimmer.

Kleine Anzeigen.

Advertisement for 'Kleine Anzeigen' (Small Advertisements) with a central logo and various text blocks for services like 'Verkäufe', 'Nahmaschinen', 'Zahl', 'Möblierte Schlafstelle', 'Arbeitsmarkt', 'Stellengesuche', 'Vermietungen', 'Zimmer', 'Schlafstellen', and 'Stellengesuche'.

Sociales.

Die Trinkgelder der Straßenbahner.

Das Reichs-Verkehrsamt hatte sich mit einer Angelegenheit zu beschäftigen, die in vielen Beziehungen großes Interesse beansprucht und es hat darin eine grundsätzliche Entscheidung gefasst, die für die Beteiligten noch weitere Wirkungen nach sich ziehen kann.

Der Vorstand der Straßenbahn-Verufsgenossenschaft weigerte sich in einer Unfallsache des Schaffners Lense, der bei der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft in Dienst gestanden hatte, bei der Rentenberechnung das Trinkgeldereinkommen der Schaffner zu berücksichtigen.

Genosse Rathmann als Vertreter des Klägers konnte sich auf verschiedene eidlische Zeugenaussagen berufen, monach bei Gelegenheit von Klagen der Angestellten der „Großen Berliner“ über zu geringe Entlohnung ihnen wiederholt von Vorgesetzten gesagt worden sei, sie hätten ja ein schönes Nebeneinkommen durch die Trinkgelder.

Das Reichs-Verkehrsamt verurteilte die Verufsgenossenschaft, den Dienstlohn und monatlich 30 Mark Trinkgelder dem Jahreseinkommen hinzuzurechnen. Präsident Wädel bemerkte, daß das Gericht von seinen früheren Grundföhen über die Notwendigkeit einer vertraglichen Berücksichtigung der Trinkgelder nicht abgegangen wäre, daß es aber auf Grund aller im Laufe der Jahre gemachten Feststellungen jetzt der Ueberzeugung sei, die Trinkgelder der Schaffner der „Großen Berliner“ gehörten zum Gehalt im gesetzlichen Sinne, weil sie im Sinne des § 6 „gewöhnlichmäßig“ gezahlt würden und „ganz oder teilweise an Stelle des Gehalts“ tröten.

Es wäre eine erfreuliche Nebenwirkung des Interesses, das den Unternehmern als Gesamtheit an den Zuständen im Einzelbetriebe durch die Unfallversicherung eingehält worden ist, wenn es dazu föhre, das unwürdige Trinkgeldersystem abzuschaffen und eine bessere Bezahlung der Angestellten zu veranlassen.

In der Angelegenheit der hiesigen Ortsliste der Schneider erhalten wir zu der Veröffentlichung des Verbandes der Kasseneamten in Nr. 245 des „Vorwärts“ folgende Erwiderung:

Die Organisation der Kasseneamten hat sich darin gefallen, einen Artikel über den Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schneider zu veröffentlichen und sich nicht gekümmert, organisierten Arbeiterhandlungen zu unterstützen, wo sie von vornherein wüßte, daß der Sachverhalt ein anderer war.

Da auch die Organisation der Kasseneamten beansprucht, als Organisation der modernen Arbeiterbewegung angesehen zu werden, so ist es um so bedauerlicher, daß gerade die organisierten Arbeiter von den Artikelschreibern herausgeholt wurden, um von ihnen in der häßlichsten Weise behandelt, als unorganisierten und am allerersten die Arbeitgeber von modernen Arbeitern als Engel in den Himmel gehoben werden; denn das ist die Thatsache auf den Kopf gestellt.

Wir nehmen es der Organisation nicht im geringsten übel, daß sie für ihre Mitglieder eintritt, dazu ist sie verpflichtet und würde sich als Organisation nicht verstehen, aber es muß auch in einer anständigen Weise geschehen und nicht wie der Artikel gehalten war.

Gäbe sich der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schneider etwas zu Schanden kommen lassen, so war auf den ganzen Vorstand zu danken und nicht diejenigen herausgreifen, gegen die man aus persönlichen Ansichten etwas hat, weil man früher mal nicht ganz übereinstimmte. Mit gefangen, mit gefangen. Aber es ist eckte — Manier.

Wir allein sind nicht maßgebend, Beschlüsse herbeizuföhren, da der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schneider aus 18 Personen besteht. Wir stehen aber nicht an zu erklären, wenn wir einen Fehler gemacht haben und es wird nachher eingesehen, alles daran setzen, den Fehler wieder auszugleichen.

In diesem Falle haben wir aber in gutem Glauben gehandelt und die Beamten unserer Kasse tragen ein gut Stück Schuld mit, daß auch wir der Ansicht waren, die Verträge müßten eine Änderung erfahren. Es kommen sehr viele Beschwerden der Mitglieder über das Betragen der Beamten den Mitgliedern gegenüber, wir haben nicht nur für die Beamten, sondern in erster Linie für die Interessen der Mitglieder einzutreten. Was die Wohnungsbaufrage betrifft, so machen wir bekannt, daß der Vorstand schon im August beschloßen hat, dieselbe bis zum 1. Mai 1903 auszuführen. Auch dieses beweist, daß die Artikelschreiber ihre Information in der Weise, wie der Artikel gehalten war, unendlich von unsren Beamten bekommen haben.

In der Generalversammlung am 20. Oktober ist nun nicht das Schauspiel eingetreten, welches in dem Artikel vom 19. Oktober prophezeit wurde, nämlich daß die Arbeitgeber für die Erhaltung des Sachgerichts stimmen und die organisierten Arbeitnehmer dagegen, sondern das Gegenteil.

Die organisierten Arbeitnehmer-Vorstandsmitglieder der Orts-Krankenkasse der Schneider: Frau Gerlach, Frau Almen, Frau C. Nicolai, Frau Weisgerber, Frau Bratow, Frau Schulze, Frä. Weilandt, Frau Reinmann.

Freikantige Arbeiterfreundlichkeit. Der Hallische Magistrat der währlich nicht in dem Geruch steht, besonders arbeiterfreundlich zu sein, hatte zur Versorgung der nicht pensionsberechtigten hiesigen Arbeiter und Bediensteten an das Stadtverordneten-Kollegium eine Vorlage eingebracht. Was geboten werden sollte, war sehr wenig. Es war ein Ruhegeld von 2/10 des Jahresverdienstes nach zehnjähriger ununterbrochener Dienstzeit, steigend um 1/10 des Jahresverdienstes mit dem Ablauf eines jeden weiteren Dienstjahres bis zum Höchstbetrage von 2/10 vorgeschlagen worden. Ein flagbarer Anspruch sollte den von dieser „Wohltät“ Betroffenen nicht zutreffen. Mit der Vorlage, die nicht weniger als 27 mal in den Kommissionen auf der Tagesordnung stand, haben die Liberalen schon bei der vorigen Stadtverordnetenwahl versucht, den Arbeitern den Mund

wässertig zu machen. Am Montag empfahl nun die aus liberalen Leuten zusammengesetzte Finanzkommission gegen den Protest unzer Genossen, die Vorlage mit Rücksicht auf die Privatindustrie abzulehnen, und das „liberale“ Kollegium stimmte der Finanzkommission mit großer Majorität zu. Für eine Denkmalseinweihung bewilligte seiner Zeit die Majorität 70 000 Mark auf einem Brett. Jährlich aber 5000 bis 6000 Mark für städtische Arbeiter auszuwerfen, war den Herren zu viel. Am den Ausgang der Sache nicht zu blamabel zu gestalten, bewilligte man schließlich 2000 Mark zu „eventuellen“ Unterföhungen.

Zu Notstandsarbeiten im kommenden Winter hat der Gemeinderat von Milhäusen im Eilfah einen vorläufigen ersten Kredit von 20 000 M. bewilligt. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde ferner beschloßen, für die Notstandsarbeiten einen Minimallohn von 2,00 M., für die voranmeldungsabhängig ausgeföhren sonstigen Arbeiten (Straßenbau usw.) einen solchen von 3 M. festzusetzen. Die Arbeitszeit ist, gleichfalls auf sozialdemokratischen Antrag, auf 9 1/2 Stunden täglich, bei 1 1/2 stündiger Mittagspause, festgesetzt. (Der Minimallohn für Notstandsarbeiten betrug bisher 2,20 M., die Arbeitszeit der hiesigen Arbeiter 10 1/2 Stunden.) Zu den Notstandsarbeiten sollen zugelassen werden Leute, die Angehörige zu unterföhren haben, wenn sie ein Jahr ununterbrochen in Milhäusen ansässig waren und regelmäßig gearbeitet haben; für ledige Arbeiter, die niemand zu unterföhren haben, wird eine dreijährige Ansässigkeit als Voraussetzung verlangt. Die bisherige weitere Voraussetzung, daß die Beschäftigten in Milhäusen den Unterföhungswohnsitz haben, ist auf sozialdemokratischen Antrag fallen gelassen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Parteigenossen des dritten und vierten Wahlkreises (Südost). Am Donnerstagsabend 8 Uhr findet im Lokale von Graumann, Rumpffstr. 27, eine Volksversammlung zwecks Agitation für die Erziehung im 11. Kommunal-Wahlbezirk statt. Das Referat hat der Genosse Stadtw. Dr. Alfred Bernstein übernommen. Außerdem Diskussion. Mit Rücksicht auf die intensive Agitation der Gegner ist es Pflicht der Parteigenossen, für regen Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Das Wahlkomitee.

Lokales.

Garantierte Königstreue Leute.

Nicht allein die Leute vom Bau, sondern auch weitere Kreise werden sich für eine Anregung interessieren, die von der in Betracht kommenden königlichen Behörde verschiedenen hiesigen Unternehmern zugesandt worden ist. Das Schriftstück lautet:

Neubau Charlottenburg, 24. Oktober 1902.

der akademischen Hochschulen für die bildenden Künste und für Musik.

An die Firma Berlin.

Es bietet sich Gelegenheit, die bei den Neubauten der akademischen Hochschulen für die bildenden Künste, Musik und Kirchenmusik beschäftigt gewesenen Herren Handwerksmeister und Handwerker bei der am 2. November d. J. (Sonntag) durch Se. Majestät den Kaiser vorzunehmenden feierlichen Einweihungen an einer Stelle derart aufzustellen, daß Se. Majestät von der Beteiligung derjenigen, die den Bau hergestellt haben, Kenntnis erlangt. Voraussetzungslos wird die Aufstellung in den Seitenräumen der großen Ehrenhalle an der Hardenbergstraße Ecke Jasanystrasse vorgenommen werden und zwar von 1 Uhr ab, wobei vorbehalten bleibt, daß sich die Teilnehmer in einem andern Raume versammeln.

Ich erlaube nunmehr um umgehende Mitteilung bis spätestens Dienstag, ob sie selbst teilnehmen wollen und namentlich Bezeichnung derjenigen Leute, deren Beteiligung von Ihnen gewünscht wird. Selbstverständlich übernehmen Sie durch den gewünschten Vorschlag die Garantie dafür, daß nur Königstreue Leute zuzug vorausgesetzt werden müssen.

Der königliche Baurat.

Diese Aufforderung wird die in Betracht kommenden Kaufmann in nicht geringe Verlegenheit gebracht haben. Es ist sehr nett, dem Kaiser wirklich edle Arbeiter vorzuführen, die im gegebenen Moment mit patriotischer Begeisterung Hurra rufen. Aber woher nehmen? Wer will in Berlin eine Garantie dafür leisten, daß die Königstreue beim Maurer und Bauarbeiter kein leeres Dahu ist? Ja, wenn in letzter Zeit noch ein Streik gewesen wäre! Da hätte man sich einfach eine Anzahl vom Auslande herangelieferter Arbeitswilliger herausuchen können, die bekanntlich nach der für die deutsche Arbeiterschaft ewig unvergesslichen Yuchtans-Denkschrift die für den Staat besonders nützlichen Elemente darstellen. Diese Stichprobe kann aber nicht gemacht werden, da Ausländer von neuemwertem Umfang sich neuerdings im Baugewerbe nicht erwiegen haben, und bei Arbeitern, die bei früheren Gelegenheiten ihren Kameraden in den Rücken gefallen sind, keine Garantie gegeben ist, ob sie zwischen nicht einer besseren Einsicht folgend sich der gewerkschaftlichen und politischen Organisation angeschlossen haben. Es können noch in Betracht die christlichen Bauhandwerker, die aber zu gering an Zahl sind, als daß mit ihnen viel Staat zu machen wäre. Wie helfen sich nun die am Bau der Hochschulen beteiligt gewesenen Firmen aus der Verlegenheit? Wir würden ihnen raten, dem königlichen Baurat zu bedeuten, lieber den ganzen Plan einer Arbeiterparade fallen zu lassen und statt dessen im Hurraufen erprobte Kriegervereine heranzuziehen, wenn es unsere Sache wäre, die Interessen der Monarchie wahrzunehmen.

Zu den Kommunalwahlen im 4. und 11. Bezirk sei bemerkt, daß diejenigen Wähler, welche ihre Wohnungen seit Aufstellung der Gemeinde-Wählerliste — Juli 1902 — nicht gewechselt haben, zur Erleichterung der Legitimation bei der Stimmabgabe und zur Vereinfachung des Wahlverfahrens besondere Karten zugestellt erhalten, welche bei Abgabe der Stimme vorzulegen sind, während denjenigen Wahlberechtigten, welche seitdem gezogen sind und nicht in den Besitz der Legitimationskarte gelangen sollten, aufzulegen gegeben wird, solche an einem der beiden letzten Wochentage vor der Wahl aus dem amtlichen Wahlbureau, Poststraße 16, 2 Treppen, während der Bureaustunden abzuholen. Die ohne Karte erscheinenden Wähler müssen für ihre Legitimation Sorge tragen, sich auch bei der Zulassung zur Stimmabgabe eine Zusagestellung hinter die mit Karte erscheinenden gefallen lassen.

Die Große Berliner scheint ein recht merkwürdiges Mittel anzuwenden, um von der Polizeibehörde eine Verfürgung der Fahrzeit für verschiedene Strecken zu erlangen. Von gewerkschaftlicher Seite käme mit uns: Da von der Behörde die Fahrzeit auf den einzelnen Strecken ganz genau vorgeschrieben ist, hofft die Direktion eine Genehmigung zu ihrem Vorhaben dann zu erlangen, wenn die Angestellten, insbesondere aber die Fahrer, eine Verkürzung der Fahrzeit wünschen. In den Inspektionsstunden

läßt daher die Direktion durch die Hofverwalter eine Besprechung über die wegen zu frühen Eintreffens an den Endhaltestellen verhängten Strafen herbeiföhren. Dabei giebt der Hofverwalter dann den Fahrern den Rat, zur Vermeidung weiterer Strafen die Direktion um Verkürzung der Fahrzeiten zu ersuchen. Viele Fahrer unterschreiben eine solche Petition. Mit diesen Unterschriften ausgeröhrt, wird die Direktion dann an das Polizeipräsidium gehen und dort plausibel machen, daß die Straßenbahnfahrer die Herabsetzung der Fahrzeit selbst wünschen. Nach Lage der Verkehrsverhältnisse werden die Fahrer bei schnellerem Föhren leicht eine Vermehrung der Zusammenföhre wie überhaupt eine größere Beschäftigung des Publikums herbeiföhren. Es bleibt für sie daher sehr zu unterlegen, ob sie leichterhand die von der Direktion gewünschte Unterschrift abgeben sollen.

Der Etat des hiesigen Odbachs für 1903 beschäftigte das Kuratorium für das Odbach in seiner letzten Sitzung. Zum Oberinspektor wurde der Verwalter Dydus gewählt; den Neubau einer Kuchstube sowie die damit zusammenhängende Verlegung des Familienbades hat das Kuratorium nunmehr endgültig beschloßen. Das Gehalt des Maschinenführers wurde von 4 M. auf 4 M. 50 Pf. täglich erhöht; das Gehalt der Hausdiener beantragte Gen. Hoffmann von 30—45 M. monatlich auf 35—50 M. festzusetzen. Nach längerer Debatte beschloß das Kuratorium einstimmig die Erhöhung des Anfangsgehalts auf 35 M., lehnte dagegen die Erhöhung des Höchstgehalts auf 50 M. mit allen gegen 4 Stimmen ab, obwohl alleseitig angegeben wurde, daß der Dienst der Hausdiener sehr schwer ist. Gen. Hoffmann tadelt noch den Zustand, daß bis zu 20 Hausdiener in einem Schlafsaal zusammenliegen; es müsse dafür gesorgt werden, daß jeder Hausdiener allein wohne oder wenigstens zwei zusammen ihr eignes Zimmer hätten. Beschloßen wurde, dem Hausvater auszugeben, höchstens drei Hausdiener in einem Zimmer zu lassen. Ein Antrag untre Genossen, im Winter die Zahl der Hausdiener von 30 auf 35 zu erhöhen und dadurch den Zustand zu bessern, daß Odbachlose Essen tragen, wurde abgelehnt, doch sollen Kantientransporte fortan nur durch Angestellte ausgeföhrt werden. Ein von unsren Parteigenossen Augustin und Hoffmann gestellter Antrag, das Gehalt der Lehrkräfte in Anbetracht ihres schwierigen Dienstes mit dem der andren hiesigen Lehrer und Lehrerinnen gleichzustellen, wurde abgelehnt. Für Ueberarbeit bewilligte man den Angestellten eine monatliche Entschädigung von 10 Mark. Auf Antrag von Hoffmann sollen die Desinfektionsbeutel größer hergestellt werden, damit die Kleidungsstücke glatt darin hängen können. Das Kuratorium beschloß ferner auf Anregung untrer Parteigenossen, den Angestellten des Odbachs außer dem bereits für jeden zweiten Sonntag gewährten halben Tag zweimal wöchentlich die Zeit von 6—12 Uhr abends zum Ausgehen freizugeben.

Mit dem Bau der Millionenbrücke, wie die im Zuge der Schweinminder-Bekämpfungsträge zu errichtende Brücke ihrer hohen Kosten wegen genannt wird, ist nunmehr begonnen worden. Diese Brücke wird das größte verachtige Bauwerk Berlins. Im Zuge der Schweinminderträge, zwanzig Meter von dem alten Bahndamm der Ringbahn entfernt, sind bereits die Fundamente, in denen der eiserne Aufbau befestigt wird, eingelassen. Das in einem Winkel von zehn Grad zu errichtende Bauwerk überschreitet nicht weniger als 22 Geseße. In Rücksicht auf die Verwertung der Schienen können innerhalb des Bahnterrains nur zwei Pfeiler angelegt werden, so daß die 160 Meter lange Brücke auf ihm ganzen nur vier Pfeilern ruhen wird, die Spannungen also 33 Meter betragen werden.

Ueber die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Berlin und den Vororten giebt das Genossenschafts-Register der beiden Berliner Amtsgerichte interessante Aufschlüsse. Danach giebt es in Berlin und dessen nächster Umgebung 231 eingetragene Genossenschaften, davon 225 mit beschränkter und 26 mit unbeschränkter Haftung. An der Spitze stehen die Kreditvereine, 82 an der Zahl, dann folgen 22 Bau- und Wohnungsvereine, 29 gewerbliche Produktionsgenossenschaften, 28 Ein- und Verkaufsgenossenschaften, 20 Molkereien, Milch- und Viehverwertungsvereine, 15 Verbände- und Centralvereine, 10 Konsumvereine und 4 Vereine für Gesundheitspflege auf genossenschaftlicher Grundlage. 12 Prozent der Genossenschaften Berlins befinden sich zur Zeit in Liquidation. Unter den Produktionsgenossenschaften befinden sich 11 Mühlfabriken, 9 Quadrauerereien, 5 Mähereien, 2 Schneidergenossenschaften und 1 Zigarettenfabrik. Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften zerfallen in 6 für Kolonialwaren, 5 sogenannte Wirtschaftsgenossenschaften, 3 Besorgnis-Schneiderartikel, je 2 Koffen und Jügel, je 1 Blumen, Leder, Polanente und Baumaterialien. Von den 15 Verbänden dienen 11 dem Kreditwesen, darunter die Centralkasse des Bundes der Landwirte sowie die landwirtschaftliche Provinzial-Genossenschaftskasse für die Mark Brandenburg und die Niederlausitz. Ferner gehören in diese Kategorie die Centrale für Milchverwertung, die Central-Vereinigung deutscher Grundbesitzer, die des Hüchler-Jungmungs-Verbandes u. Von den hygienischen Genossenschaften hat je elue die Errichtung eines Abfallentwärters, einer Kaminablaßanstalt, eines Hauslaufschen Instituts, sowie die von Viat- und Kustbädern zum Ziel.

Mit der Angelegenheit des ausgewiesenen Nikolaus Bernheim hat sich am Montag eine Versammlung der Musikreferenten befaßt. Es wurde namentlich in Betracht gezogen, daß der Polizeipräsident eine die Musikritter rechtfertigende Aufklärung gegeben hat, und so ging die Meinung der Versammelten dahin, daß die Angelegenheit keines gemeinschaftlichen Vorgehens mehr wert sei.

Im Abrigen scheint trotz alledem die Angelegenheit noch nicht zur Ruhe kommen zu sollen. Der „Neuen Hamburger Zeitung“ wird vom Reichsbevollmächtigten des Herrn Holka Bernstein, dem Rechtsanwält Dr. Max Rosen, folgende Darstellung zur Veröffentlichung überföhrt: Herr Bernstein erhebt nach seiner Ausweisung aus Berlin auch in Hamburg, wo er ein Asyl zu finden glaubte, einen Ausweisungsbefehl. Als er sich nach den Gründen erkundigte, wurde ihm mitgeteilt: Wenn er sich auf hamburgischem Gebiet auch nichts habe zu Schulden kommen lassen, so sei doch nach einem Abkommen der Bundesstaaten die Ausweisung aus Berlin bezw. Bremen auch für Hamburg von maßgebender Bedeutung. Als ich dann für Herrn Bernstein eintrat, erfuhr ich an leitender Stelle, daß selbstverständlich die Berliner Akten vorher geprüft wären und der Inhalt derselben auch die Ausweisung aus Hamburg rechtfertige. Wir ist dann in durchaus wohlwollender Weise Frist und Gelegenheit gegeben worden, meinen Klienten von den Berliner Verdächtigungen zu reinigen. Das Verfahren schwebt zur Zeit noch. Was die Ausweisung aus Berlin anbetrifft, so werden Gründe für die Maßregel nicht angegeben. Was Herr Bernstein davon erfahren hat, ist im wesentlichen das folgende: Es hat eine Versammlung Berliner Musikritter stattgefunden, um über Mittel zur Abwehr der Bernstein'schen Angriffe gegen die Berliner Musikritter zu beratschlagen. Ein Ausschuß wurde eingesetzt, und durch Dr. Albert Berlin hat mein Klient gehört, daß dem Berliner Polizeipräsidium eine Befestigung der Ausweisungsmäßregel — unterzeichnet von einer Reihe von Musikrittern — zugegangen ist. Nun liegt es auf der Hand, daß dies keine Polizeibehörde eines deutschen Bundesstaates genügt, um einen Ausländer als lästig über die Grenze zu bringen. Gleichzeitig oder vorher oder kurz darauf, in Verbindung damit oder nicht, legte aber eine Intigue einer Frau in Berlin, der Gattin eines Banddirektors, ein. Diese Dame hatte Herrn Bernstein aus persönlicher Reizung in ihr Haus gezogen. Er trat darauf in ein Nebenverhältnis zu ihrer Tochter, und die Beziehungen gingen so weit, daß nur die Heirat den bezugenen Hehtritt wieder gut machen konnte. Frau B. will hierzu ihre Einwilligung nicht geben. Die Tochter verließ das Haus, und die Mutter hat dann — von Eifer sucht und Haß getrieben — persönlich bei dem

*) Die Unterschrift des Verbandes der Kasseneamten ist unter der betreffenden Veröffentlichung nur infolge eines Sachfehlers weggeblieben.

Polizeipräsidenten in Berlin die Ausweisung erwirkt. Alle Eingaben meines Klienten waren fruchtlos; er wurde schließlich auf offener Straße verhaftet.

Man wird nach den Erfahrungen der letzten Tage abwarten müssen, wieviel von diesen doch jedenfalls auf Angaben des Ausgewiesenen beruhenden Mitteilungen auf Wahrheit beruht und wieviel Dichtung ist.

Der Nachfolger Rudolf Virchows, Johannes Orth, hielt gestern im Pathologischen Institut seine Antrittsrede, in der er des Verstorbenen ehrend gedachte.

Von Kaiser Wilhelm II. bringt der „Lokal-Anzeiger“ die Kunde, daß der Monarch jetzt 90 Jahre Waidmann sei und in dieser Zeit 47 413 Stild Wild geschossen habe. Das macht auf jeden Tag fünf Stild.

Aus dem Rechtsanwaltsstande ist der Rechtsanwalt Vallien I vom Obergerichtshof der Anwaltskammer wegen verschiedener Verfehlungen ausgeschlossen worden. Der Staatsanwalt hatte nur einen Verweis und eine Geldstrafe beantragt.

Fraülein Dr. jur. Anita Augsburg, die bekannte Vorkämpferin für Frauenrechte, soll in Weimar siffiert worden sein. Wie die Korrespondenz „Märkischer Merkur“ erfährt, meldet Dr. Augsburg, daß sie gestern auf dem Weg zum Bahnhöf in Weimar von einem Polizisten verhaftet und zur Wache geführt wurde, obgleich sie den Beamten darauf aufmerksam machte, daß er einen Mißgriff begänge. Trotzdem Dr. jur. Augsburg sofort ihren Namen und Stand nannte, mußte sie doch dem Polizisten zur Wache folgen, wo sie herabgesetzt, daß ein arger Mißgriff der Polizei vorgekommen war. Näheres über den wunderlichen Fall wird nicht berichtet.

Auf der Treppe vor ihrem Hause ist Montagmorgens die Frau des Arbeitsschützers Karnowski Marie geb. Bronowicz aus der Kasanien-Allee 28 tödlich verunglückt. Die 46 Jahre alte Frau war mit dem ebenso alten Kaufherrn Franz Karnowski seit 20 Jahren verheiratet. In letzter Zeit hatte der Ehemann sich dem Trinken ergeben. Als er Montagmorgen die Wohnung nach einem heftigen Rausch verließ, erklärte ihm seine Frau, daß sie ihn nicht wieder aufnehmen werde. Bei seiner Rückkehr um 4 Uhr nachmittags hielt sie dem auch die Wohnung verschlossen und verriegelt, weil sie mit den Eltern allein zu Hause war. Als sich nun Karnowski anschickte, die Thür mit einem Anstich einzuschlagen, floh sie aus Furcht vor Mißhandlungen durch ein Fenster auf das flache Dach des Seitengebäudes, das bis an die dritte Stock des Dnergebäudes gelegene Wohnung heranreicht. Sie nahm eine Fußbank mit, um damit durch ein Fenster in die Wohnung des Kassiers Braun im Vorderhause einzukriechen. Dort suchte sie Zuflucht, weil sie bei den Leuten aufwartete. Die Fußbank klappte jedoch unter ihren Füßen um, und sie stürzte die unglückliche Frau vom Dach in die Tiefe und blieb tot auf dem Pflaster des Hofes liegen. Die Revierpolizei besahlag nahm die Leiche und ließ sie nach dem Schauhause bringen. Die Hauswirtsin nahm die beiden Enkel zu sich. Karnowski wurde nach der Revierwache gebracht, aber wieder entlassen. Nach der Wohnung kehrte er nicht wieder zurück. Die entsetzliche Scene verursachte einen großen Menschenauflauf.

Ein schwerer Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Lastwagen fand gestern Dienstag, nachmittags in der Landbergerstraße statt. Dorthin fuhr der Motorwagen Nr. 1302 der Linie Moritzplatz—Central-Bahnhof in der Richtung nach der letzten End-Haltestelle, während aus entgegengesetzter Richtung ein mit Brettern beladener Lastwagen der Firma Felix, Charlottenburg, Richtung, heranfuhr. Der Autofahrer lenkte, um einem andern Fahrwerk auszuweichen, seine Pferde auf das Straßenbahn-Gelände, ohne zu beachten, daß der Motorwagen in unmittelbarer Nähe herangekam. Der Anprall erfolgte denn auch mit solcher Gewalt, daß von dem Straßenbahnwagen die Vorder-Plattform total zertrümmert und abgerissen wurde. Ein Kassenbote der Victoria-Versicherungsgesellschaft, welcher auf dem Perron stand, wurde mit dem Kopf in die Stirntheile des Straßwagens geschleudert, wobei ihm durch Glasplitter das Gesicht fast gänzlich zerstört wurde. Er wurde mittels Drohkelle nach der Unfallstation in der Reibestraße gebracht. Der Straßenbahnfahrer Busch wurde von der Deichselstange des Lastwagens an der Brust getroffen und erlitt anscheinend schwere Verletzungen.

Ein Cyper des afrikanischen Klimas ist der 34 Jahre alte Arbeiter Hermann Probst aus der Kasanien-Allee 29/30 geworden. Probst erkrankte beim Waidbau in unsern herrlichen Kolonien und kehrte mit einem schweren Nervenleiden zurück. Auf Kosten des Auswärtigen Amtes brachte er vier Monate in einer Heilanstalt zu und bezog seitdem monatlich 28 Mark Unterstützung. Die letzten vierzehn Tage verbrachte er fast ohne Unterbrechung im Krankenhaus, bis er am Freitag den 28. d. d. starb. Er hinterließ eine Frau mit einem achtjährigen Kinde.

Bei der Arbeit totgequetscht wurde der 35 Jahre alte Holzarbeiter Wilhelm Eichner aus der Großen Frankfurterstr. 47. Eichner brachte in der vorigen Woche eine führe Bretter mit einem Handwagen nach dem Grundstück Bruchstr. 64. Während ein anderer Arbeiter schon, zog er seitwärts von dem Wagen. Als dieser auf der etwas steilen Einfahrt rückwärts lief, geriet er mit dem Unterleib zwischen die Bretter und den Thorpfosten und wurde so stark gequetscht, daß er mit schweren Verletzungen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. Dort starb er nach einem qualvollen Krankenlager. Der Verunglückte hinterließ seine Frau mit einem achtjährigen Kinde.

Cirkus Busch hat nun auch seine neue Pantomime, die uns in eine gar schaurige Gegend führt. Geradeswegs in das Land der Amazonen geht der Weg des Stückes, ins menschenfressende Land Dahomey. Wir erleben im Cirkus eine romantische Geschichte. Ein Missionar in Frankreich, der offenbar auf sein einziges Kind eine Bitte hat, will partout diese Tochter zu den Wilden schicken, damit das heimatlose Mädchen dort das Christentum predige. Diesen für sein Glück verderblichen Plan kann der Liebhaber des armen Kindes, ein französischer Offizier, nun leider nicht ändern, aber er will wenigstens das Leben seiner Angebeteten schützen und geht daher, wenn auch auf andern Wegen, ebenfalls nach Dahomey. Was weiter kommt, kann man sich denken. Unendliche Gefahren hat die Missionarin an der Seite eines trodenen Paters zu bestehen und zuletzt soll sie als Gefangene des Königs Gehangin von Dahomey bei lebendigem Leibe hingerichtet werden. Während der blutdürstige Herrscher schon zum Streich anschaut, tritt der Geliebte des schwerverwundeten Kindes auf den Plan und gibt der schwarzen Majestät so viel gute Worte, daß er nicht allein den beiden Weibern, sondern auch seinen schwarzen Gefangenen das Leben schenkt und am Schluß ein großes Ballet mit Apotheose veranstaltet läßt, die sinnig und der Wirklichkeit entsprechend den Trümmer der Humanität über düstere Dämonen verjüngt. Daß mit dieser kurzen Skizzierung nicht entfernt alle Lebererkrankungen des Stückes erwähnt sind, versteht sich an Cirkus Busch von selbst. Wir erleben ein ebenso glänzendes wie drolliges Massen-Tierballet, eine Gefantenjong, so wild, wie sie nur im Cirkus darzustellen ist, ein Abenteuer wie es Maja, der auf das Pferd gebundene Kofak, durchlösten mußte, und gegen den Schluß die mehr komische als schauerliche Hinrichtung zweier schwarzen Majestäten. All dieser bunten Wirrwarr wird in launig zu beschreibender Ausstattungsvorgeschichte und so dürfte denn auch die diesjährige Pantomime allen Fremden aufregender Cirkuslust eine willkommene Gabe sein.

Feuerbericht. Dienstagmorgens gegen 1 Uhr kam in der Duthstraße 8 in einem im zweiten Stock gelegenen Papierlager Feuer aus, das indes so rechtzeitig bemerkt wurde, daß seine Abkämpfung erfolgen konnte, nach bevor die herbeigerufene Wehr eintraf. Montagnachtsmorgens 4 Uhr wurde die Wehr nach der Köpplerstr. 55a gerufen. Hier war auf nicht ermittelte Weise in einem Pferdefall ein Brand ausgebrochen, der an dem Stroh und Holz reiche Fütterung fand

und einen größeren Umfang anzunehmen drohte. Die Wehr hatte daher längere Zeit mit einem Rohre Wasser zu geben, um die Flammen zu ersticken. Die Pferde konnten in Sicherheit gebracht werden. Kurz vorher mußte in der Brandenburgstr. 68 im dritten Stock ein Feuer beseitigt werden, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Gegen Abend hatte die Wehr außerdem noch in der Preisenstr. 19 zu thun. Hier war ein Brand entstanden, der Pfeifenrohre, Verpackungsmaterial, Einrichtungsgesgegenstände, sowie den Fußboden und die Schaldecke ergriffen hatte, aber in verhältnismäßig kurzer Zeit abgelöscht werden konnte.

Aus den Nachbarorten.

Die im März d. J. in Wilmsdorf vollzogenen Wahlen zur Gemeindevertretung sind gestern vom Letzter Kreisaußschuß sämtlich für ungültig erklärt worden. Bei diesen Wahlen, wo es sich im ganzen um 16 Mandate aller drei Abteilungen handelte, hatten die Liberalen sehr schlecht abgeschnitten. Sie suchten darauf durch den Lehzer Wilhelm Köpcke die Wahlen an und der Kreisaußschuß, vor welchem die Angelegenheit gestern verhandelt wurde, hielt die formalen Verstöße, die unter andern bei Besetzung des Wahlbureaus und bei Ausschreibung der Wahlen vorgekommen sein sollen, für ausreichend, um diese Wahlen in ihrer Gesamtheit für ungültig zu erklären. Auf jeden Fall wird die Gemeindevertretung die Aufhebung des gestern gefällten Urteils beschließen und die Streitfrage bis an das Ober-Verwaltungsgericht bringen. Sollte auch diese Instanz dem Urteil des Kreisaußschusses zustimmen, so wird die Situation wenigstens für die Sozialdemokratie laun verändert sein. Die Einwirkung der Partei am Orte sichert und die Mandate der Nichteingesessenen, welche schon im März mit sehr erheblicher Mehrheit gewählt worden sind, wohl auch bei künftigen Wahlen. Ob die Wahlausichten für die konservative Mehrheit der Vertretung ebenfalls günstig sind, lassen wir dahingestellt.

Treyton-Baumhäuserweg. „Endlich allein!“ sagte einer der konservativen Herren bei der gestrigen Gemeindevertreter-Stichwahl, als der Wahlvorstehende die beiden als Besten im Voranschlag gebrauchten Herren als einstimmig gewählt erklärte. Unsere Genossen hatten sich aus den schon bekannten Gründen der Wahl enthalten. Es wurden 283 „giltige“ Stimmen abgegeben. Der konservative Herr Schirmer erhielt 22 und unser Parteigenosse Gerlich eine Stimme, welche jedenfalls des Numros wegen von konservativer Seite abgegeben wurde. Ein einziger Protest wird ja entscheiden, ob die Bestimmung der Landgemeinde-Ordnung und die Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts zu recht bestehen.

Ein schwerer Unfall hat sich gestern früh gegen 5 Uhr in der Mühlenstraße in Schöneberg ereignet. Der in der Mühlenstraße 33 wohnende Arbeiter Kern wollte den Motorwagen 1204 der Linie Zoologischer Garten—Landberger Allee, der vom Depot kam und nach dem Rollendortplatz einsteigen, benutzen. Er bestieg die Vorder-Plattform des Kraftwagens, wollte jedoch, da es ihm zu heiß war, sich nach der Hinter-Plattform begeben. Er sprang von dem in der Fahrt befindlichen Wagen herunter, glitt aus und fiel neben dem Wagen zu Boden. Hierbei geriet die linke Hand unter den Wagen auf das Straßenbahn-Gelände, so daß ihm durch die Räder des schweren Gefährtes die Knochen des Handgelenks total zertrümmert wurden. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Bahnstraße und von dort dem Krankenhause am Urban zugeführt, woselbst ihm die Hand abgenommen werden mußte.

Gerichts-Zeitung.

Die Verhandlungen im Helios-Prozess haben sich gestern einigermaßen sensationell gestaltet. Nachdem der Verteidiger Bahu sich erfolglos über eine ungenügende Behandlung beschwert hatte, die ihm nach seiner Meinung der Vorsitzende hatte zu teil werden lassen, teilte der Vorsitzende mit, daß die Angeklagten ihn durch den Gerichtsvollzieher am Montagabend hätten als Zeugen laden lassen. Er werde dieser unmittelbaren Ladung aber keine Folge leisten, denn ihm stehe seine Dienstpflicht höher als die Zeugnspflicht. Die Angeklagten beantragten darauf, sämtliche Richter, die bei der vorigen Verhandlung mitgewirkt haben, als Zeugen laden zu lassen. Es kommen in Betracht außer dem Vorsitzenden Direktor Lademann die Landgerichtsräte Haberstroh, Horwiz und Salfer. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß von dem Angeklagten Rieh ein Schreiben eingegangen sei. (Dazu ist zu bemerken: Bei der Vernehmung des Angekl. Rieh wurde dieser vom Vorsitzenden gefragt, warum er sich „Ingenieur“ nenne. Rieh erwiderte, daß er durch langjährige Studien für die Kenntnisse eines Ingenieurs erworben habe. Der Vorsitzende fragte ihn, wo er denn als Ingenieur thätig gewesen sei, worauf er erwiderte: Unter anderem bei Siemens u. Halske. Der Vorsitzende erwiderte hierauf: „Wohl zum Studieren gekommen.“) Der Angeklagte Rieh fügt sich, wie er in dem besagten Schreiben an den Gerichtshof ausführt, durch diese Bemerkung schwer beleidigt. Er meint, die Bemerkung sei nur gemacht, um ihn persönlich herabzusetzen und er habe deshalb bei dem Amtsgericht die Privatklage gegen Landgerichtsdirektor Lademann eingereicht. — Sie wissen doch ganz gut, Angeklagter, daß ich die Bemerkung nur gemacht habe, weil ich in dem Irrtum war, daß Sie zu der Zeit, als Sie Ingenieur bei Siemens u. Halske gewesen sein wollen, erst 18 Jahre alt waren, während Sie tatsächlich 28 Jahre alt waren. Ich habe also alles wieder gut zu machen gesucht. Wollen Sie den Inhalt Ihres Schreibens ansprechen? — Angekl. Rieh: In dem Schreiben stellen Sie weiter das Verlangen, daß bei der weiteren Verhandlung Sie bei Ihrer Vernehmung nur sachlich beantwortet würden, da Sie sonst alle Antwort verweigern würden. — Angekl. Rieh: Ich bin zu sehr beleidigt und erregt darüber geworden.

Nachdem der Gerichtshof die Beschlußfassung über einen Antrag des Staatsanwalts, den Angeklagten wegen Ungehörigkeit in eine Strafe von 24 Stunden Haft zu nehmen, vorläufig ausgesetzt hatte, lehnte er auch sämtliche andern Anträge der Angeklagten ab und trat dann in die sachliche Behandlung der Anklagepunkte ein.

„Wenn ich einmal der Landrat wär!“ Durch ein Lied mit dieser Ueberschrift, das der Liberale Verein auf einer in Greiffswald abgehaltenen Kaiser-Geburtsfeier gesungen hat, fühlte sich der Landrat des Kreises, Herr v. Malchahn, beleidigt. In dieser Sache begann gestern vor der Strafkammer Greiffswald die Verhandlung. Es hielten sich zu verantworten die Herren Emil Brandt als Verfasser, Redakteur Erich Stecker (Greiffswald) als Druker des Liedes, Mitternachtsbesitzer Arthur Becker (Wartmannshagen) und Gutspächter Dr. Wendorf (Toll) als Leiter der Festlichkeit und der Kaufmann Benjamin Davidsohn (Grümmen) wegen Verbreitung des Liedes. Der Ursprung des Liedes ist in einem Saalboykott zu suchen, der von konservativer Seite aus Anlaß des Reichstagswahlkampfes verhängt worden ist. Ein besonders inkriminierter Vers aus dem Liede bezieht sich auf den Vorgänger des jetzigen Landrats, den wegen Sittlichkeitsvergehen nach der Schwelgerei gelassenen Herrn Osterroth. Die Angeklagten erklärten sich nicht schuldig.

Wegen Falschmünzerei ist in Hildesheim ein Dr. v. Wedelhardt zu 1 Jahre 1 Monat Gefängnis verurteilt worden; seine Frau erhielt als Anstifterin zwei Jahre Zuchthaus.

Verfassungen.

Mit dem Streik der Vergolder

beschäftigte sich am Montag eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Vergolder Berlins, die den großen Saal der Arminalhallen bis auf den letzten Platz füllte. Ungefähr 700 Personen

waren anwesend. Seit dem großen Streik im Jahre 1895 haben die Vergolder eine so stark besuchte Versammlung noch nicht wieder gehabt. Der Vorsitzende der Berliner Filiale teilte mit, daß die Korrespondenz, welche er mit dem Vorsitzenden der Fabrikanten-Vereinigung gepflogen hat, die Folge gezeitigt habe, daß der Vorsitzende der Fabrikanten-Vereinigung, Stadterordneter Rosenow, den Verhandlungsstand zu einer Besprechung eingeladen hat, die am Sonnabend stattfand. Bei dieser Gelegenheit habe Herr Rosenow erklärt, daß die Besprechung rein privater Natur sei, da er zu offiziellen Verhandlungen nicht autorisiert sei. Zur Sache selbst meinte er, daß bei eventuellen Unterhandlungen die Lohnfrage ausschneiden müßte aus den Gründen, die in dem Antwortschreiben schon mitgeteilt seien; im übrigen gebe er zu, daß Mißstände vorhanden seien, die der Abhilfe bedürftig und er glaubt auch annehmen zu dürfen, daß die Fabrikanten zur Regelung dieser Frage geneigt seien. Auf die Anfrage, wie sich Herr Rosenow zu einer tariflichen Vereinbarung stelle, erwiderte er, daß ihm diese Idee sehr sympathisch erscheine, doch glaube er, daß dem zu große Schwierigkeiten wegen den Tausenden von Leistenorten und der Verschiedenartigkeit in der Ausführung entgegenstehen. Aber trotzdem ist er auch der Meinung, daß irgend eine Zustanz — vielleicht ein Schiedsgericht — eingesetzt werden müßte, damit die ewige Benutzung durch Streiks auf friedlichem Wege aus der Welt geschafft würde. Der Vorstand der Filiale Berlin erklärte sich mit der Verhandlung auf dieser Basis nach Ausschneiden der Lohnfrage einverstanden. Herr Rosenow gab das Versprechen, sofort nach seiner Rückkehr von England, wosin er jetzt reisen muß, die Verhandlungen in die Wege zu leiten. Zum Schluß gab er dem Vorstand mit auf den Weg, daß es im Interesse des Friedens besser sei, wenn die augenblicklich bei den Zwischenmeistern noch Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen würden und auch weiter auf keine Verhandlungen mit den Zwischenmeistern einzugehen, weil die Sache nur mit der Fabrikanten-Vereinigung geregelt werden könnte.

Spätere empfahl der Versammlung nachfolgende Resolution zur Annahme: „Die heutige außerordentliche Versammlung der Filiale Berlin nimmt Kenntnis von den Verhandlungen ihrer Vertreter mit dem Vorsitzenden der Fabrikanten-Vereinigung. Obgleich die Versammlung keineswegs mit dem Resultat der Verhandlungen zufrieden ist, so beschließt sie doch, bis zu dem versprochenen Termin, an welchem die Verhandlungen offiziell mit den Vertretern der Fabrikanten-Vereinigung stattfinden soll, eine abwartende Stellung einzunehmen. Desgleichen empfiehlt die Versammlung den augenblicklich im Streik stehenden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sollten die Herren Fabrikanten auf das Versprechen ihres Vorsitzenden nicht eingehen und nicht geneigt sein, in Verhandlungen einzutreten, so verpflichten sich sämtliche bei den Ringfabrikanten beschäftigten Vergolder Berlins, nicht früher eine Stange anzurühren, als bis die Herren Fabrikanten den Streikpunkt durch Verhandlungen aus der Welt geschafft haben.“

Es entstand nun eine längere Diskussion. Verschiedene Redner wandten sich gegen die Resolution, da sie mit den Abmachungen des Vorstandes nicht einverstanden sind. Für die Opfer, die schon gebracht seien, dürfte man mehr erwarten. Desgleichen wandten sich mehrere Redner entschieden dagegen, daß die bei den Zwischenmeistern Streikenden die Arbeit sofort aufnehmen sollten. Man müßte erst das Resultat der Verhandlungen abwarten. Der Vorstand empfahl jedoch, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, da es ohne Belang sei, wenn weiter gestreikt würde. Sollten die Arbeitgeber Winkelzüge machen, dann können die Vergolder Berlins eines Vormittags in einer Versammlung zusammen und warten solange mit der Weiterführung der Arbeit, bis sich die Herren eines Besseren besonnen hätten.

Die Resolution wurde angenommen, jedoch hatte eine starke Minderheit gegen die sofortige Aufnahme der Arbeit durch die Streikenden gestimmt. Ferner wurde beschlossen, die 50 Pf. Extrabeitrag durch Vorkasse zu zahlen, bis die Streitfrage endgültig geregelt ist.

Vermischtes.

Die Raskungen bei der Norddeutschen Bank. Wie aus Hamburg gemeldet wird, wurde gestern dort wegen Verdachts der Fälschung des Bankabrechnungszettels, wodurch im Vorjahre die Norddeutsche Bank um 16 000 Mark geschädigt wurde, der Beamte Schreiber verhaftet. Zwei Komplizen, Müller und Maand, sind kürzlich in Aschaffenburg festgenommen worden.

Eine furchtbare Schiffskatastrophe. Aus Hamburg wird berichtet: Der englische Dampfer „Seang Keong“ mit einer Besatzung von Singapore nach Amoy unterwegs, ist unweit Swatow in einen Taifun geraten und mit Mann und Maus untergegangen. Die ganze Besatzung, sowie über achthundert Reisende, die sich an Bord befanden, sind ertrunken.

Der Bankier Bonains, der bei der Zurückführung von einem Verhör bei dem Untersuchungsrichter in das Gefängnis den ihn begleitenden Polizisten entkommen war, wurde, wie aus Paris gemeldet wird, Montagabend in Bois-Colombes wieder verhaftet und nach Paris zurückgebracht.

Zu dem Unwetter in Italien wird aus Neßlin telegraphiert, daß das fortwauernde Regenwetter noch immer großen Schaden anrichtet. In der Meerenge herrscht ein solcher Sturm, daß die Dampfer nicht anlegen können. Mehrere Postdampfer sind ausständig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt.

B. A. 10. Wegen des Unfalls können Sie leider nicht antworten, wohl aber wegen des Regenschirms. Der Herr hat den geborgten Regenschirm zurückzugeben oder den vollen Betrag zu erhalten. Sie können auf Rückgabe und eventuellen vollen Schadensersatz bei dem Amtsgericht mit Rücksicht auf Erfolg klagen. — W. T.: Ja. — Dank 100. Sie können von dem über ein Grundstück geschlossenen Kaufvertrag zurücktreten, wenn derselbe weder gerichtlich noch notariell geschlossen ist. Seit dem Januar 1900 sind Verträge über Ku- oder Verkauf nur dann gültig, wenn sie gerichtlich oder notariell abgeschlossen sind. — 133. Niederdeutsch. Die Ihnen erteilte Antwort ist durchaus zutreffend. Der Antragszeit ist durch Gesetz vom 2. September 1899 (Gesetzsammlung S. 161) allgemeiner Forderung für die Frage, welche Tage gesetzliche Feiertage in Preußen sind, und die Rechtsabänderung vom 7. Februar 1897, die Gesetz vom 9. Mai 1892, vom 12. März 1893 und vom 2. September 1899 sowie eine Reihe von Polizeiverordnungen nachgebend. Es ist unumgänglich, Ihnen im Raum des Briefkastens die an sich sehr interessante Geschichte der preussischen Feiertage darzulegen. — C. T. Das Mißbehagen allen Protest ist in der Regel nicht strafbar und stellt keine Lebensmittelfälschung dar. Ob in Ihrem Falle eine solche vorliegt, ist auf Antrag von den Gerichtsbörden zu entscheiden. — G. G. Dies Recht steht den Eltern zu. — G. C. 22. Nur der Anführer ist in Ihrem Fall schuldenerantwortlich. — A. B. 2. In Ostpreußen vor etwa 16 Jahren. — 2. Wilhelm I. 3. Nein. — Gerichtsfrage. Aus der von Ihnen geschilderten Handlung läßt sich das Verbrechen nicht konstruieren. — C. J. Mannesbürg. Mithetung wäre zwecklos; während der Zeit am Sonntag, in der der Verkauf verboten ist, sind nach der Oberpräsidial-Berordnung vom 4. Juli 1896 die Schenkungen zu verbieten. — H. M. A. 2. — W. T. Beide haben Unrecht. Im Übereinstimmung ist gerichtlich oder notariell zu schließen und wird Dritten gegenüber erst mit Eintragung in das Götterregister gültig sein. — G. G. 12. Leider läßt sich dagegen nichts ansetzen. Die Gesetze-Ordnung steht auf festen Füßen. — A. M. 16. A. 16. Nein; es kann nur für zwei Forderungsperioden, in Ihrem Falle also für 2 Monate der Beitrag für Annahm- oder Krankensicherung abgezogen werden. — Paul Manthe. 1. In der Regel die Dritte. 2. Das hängt vom Verhalten des Gerichts ab. — A. 9. Soweit ersichtlich, sind Ihre Rechte durch Verjährung verloren. Bestimmte Auskunft darüber ist nur möglich, wenn Sie den Sachverhalt genauer festlegen. Das Sie einen Verzicht unterschrieben haben, ist unerschütterlich. Statt der Schriftsätze, doch nur ungenügende Angaben wählen Sie besser mündlichen Vortrag in der juristischen Sprechstunde. — Lampe. Sie können verlangen, daß das Zeugnis für nur über die Art und Dauer der Beschäftigung verfaßt. Sie können auch die Ausdeutung des Zeugnisses auf Ihre Führung und Ihre Leistungen begehren. Ist das Zeugnis nicht wahrheitsgemäß, so können Sie auf Verjährung klagen.

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 29. Oktober 1902. Mild und zeitweise auflockernd, normierend neblich bei schwachen südlichen Winden; keine nennenswerten Niederschläge.

Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.